Kösliner Volksblatt

vorm. Fürstentumer Zeitung

General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Das Kösliner Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen. Vierteljährlicher Bezugspreis 5 Mk 60 Pfg. — Schriftleitung und Verlag Köslin, Bergstraße Nr. 26. Fernsprech-Anschluß Nr. 49. Postscheck-Konto Danzig Nr. 1929

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechsgespaltene Kleinzeile 30 Pfg.; Reklame kostet die dreigespaltene Kleinzeile 90 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preiserhöhung

Nr. 179. Sonntag, den 3. August 1919. 17. Jahrgang.

Ende der Räte-Regierung Ungarns.

Neue ungarische Regierung.

Budapest, 1. August.

(Ungarisches Korr.-Bur.) In der heute nachmittag abgehaltenen Sitzung des Budapester Zentralrats ist der revolutionäre regierende Rat der Räte-Republik zurückgetreten. Die Regierungsgewalt wurde von einer aus den Vertretern der Gewerkschaften gebildeten reinsozialistischen Regierung unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Julius Beidel übernommen.

Die neue Regierung erklärte in einer heute abend erlassenen Proklamation, daß sie als ihre erste Aufgabe die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und die Einladung zu Verhandlungen mit der Entente beabsichtigt.

Wien, 2. August.

Der Sturz Bela Khuns der Räte-Regierung ist gestern nachmittag erfolgt. Nach der Niederlage der Roten Armee, gegenüber den Rumänen, sah sich Bela Khun veranlaßt, für gestern vormittag eine Sitzung des regierenden Rates der Volksbeauftragten einzuberufen, in der Bela Khun über die wirtschaftliche und politische Lage einen äußerst verzweifelten Bericht erstattete. Die Mitteilung Bela Khuns hatte die Wirkung, daß unter dem Druck der Gewerkschaften der Rücktritt der Räte-Regierung beschlossen und ein rein sozialistisches Ministerium gebildet wurde. Das Präsidium des neuen Kabinetts hat der Präsident der Gewerkschaften der Setzer Beidel übernommen.

Hindenburgs politische Stellung.

Generalfeldmarschall von Hindenburg wird sich nach einer Mitteilung des preußischen Abgeordneten Klingelmann, nachdem er in das bürgerliche Leben zurückgetreten ist, der Deutschnationalen Volkspartei anschließen und in ihr eine führende Rolle übernehmen.

Die Nordsee-Mittelmeer Verbindung.

Das Amsterdamer „Handelsblad" erfährt aus Paris: Der Sekretär für Transportwesen Cels hat einen Plan entworfen, der die Zustimmung aller Interessenten gefunden hat, nämlich die Verbindung des Mittelländischen Meeres mit der Nordsee vermittels eines befahrbaren Wasserweges. Zu diesem Zwecke sollen die Rhone und der Rhone-Kanal verbessert werden, sodaß Schiffe von 1200 Tonnen darauf verkehren können. Cels schätzt die Kosten dieser Unternehmung auf 3 Milliarden.

Deutsche Noten wegen der Versorgung Frankreichs mit Steinkohlen.

Aus Paris wird drahtlos gemeldet:

Baron von Lersner hat Clemenceau eine neue Note, die Steinkohlen und Farbstoffe betreffend, überreicht. Der Führer der deutschen Abgeordneten in Versailles hat Loucheur gleichfalls eine Note, die Versorgung Frankreichs mit Steinkohlen betreffend, überreicht.

Die Abstempelung der deutschen Noten.

Rotterdam, 2. August. (Eigene Drahtmeldung.) **Aus London wird gemeldet: Im Unterhause gab Balfour die Versicherung ab, daß die Abstempelung der deutschen Wertpapiere und Banknoten nur unter der Aufsicht und Kontrolle der Entente erfolgen dürfe, um die Leistungsfähigkeit Deutschlands hinsichtlich seiner Verpflichtungen gegenüber den Alliierten festzustellen.**

Der Friedensvertrag im amerikanischen Kongreß.

Haag, 2. August. (Eigene Drahtmeldung.) **Die Times melden aus Newyork: Die Verhandlungen über den Friedensvertrag mit Deutschland im Kongreß beginnen am 11. August. Für den Vertrag ist eine Mehrheit vorhanden. Die Opposition gegen Wilson ist über knapp ein Viertel der Kongreß-Mitglieder nicht hinausgekommen. Für die verfassungsrechtliche Erledigung des Friedens- und Völkerbundsvertrages ist dies ohne jede wesentliche Bedeutung.**

Die Unruhen in Elsaß-Lothringen.

Straßburg i. Els., 2. August. (Eigene Drahtmeldung.) **Nach eingegangenen Berichten haben die Unruhen in Elsaß-Lothringen geradezu einen revolutionären Charakter angenommen. Die Streikenden haben erneut das französische Militär angegriffen und verschiedene französische Offiziere in die Ill geworfen. Die Polizei ist ebenfalls machtlos und sieht untätig zu. Am Mittwoch fand eine große Demonstration von tausenden von Arbeitern in Straßburg statt. Es wurden rote Fahnen getragen und aufreizende Reden gehalten.**

Dortens Vergnügungsreise.

Wiesbaden, 2. August. (Eigene Drahtmeldung.) Dr. Dorten, der sich zum Präsidenten der rheinischen Republik hat ausrufen lassen, ist vor einigen Tagen mit französischen Offizieren über Aachen nach Paris gefahren, um sich dort mehrere Tage aufzuhalten. Es soll sich nur um eine Vergnügungsreise handeln, doch ist man davon überzeugt, daß politische Fragen diese Reise herbeigeführt haben.

Vom Schmachfrieden.

Artikel 371.

(Gekürzt.)

1. Die Anlagen und Einrichtungen aller Eisenbahnen in den Gebieten, in dem Deutschland seine Gebietshoheit aufgibt, müssen vollständig und in gutem Zustande übergeben werden.

2. Wenn ein Eisenbahnnetz mit eigenem rollenden Material als Ganzes von Deutschland an eine der alliierten und assoziierten Mächte abgetreten wird, ist dieses Material vollständig nach der letzten Bestandsaufnahme vor dem 11. November 1918 und in normalem Unterhaltungszustand abzutreten.

Danach sind die Bahnnetze der abzutretenden Provinzen und Landesteile mit den Lokomotiven auszustatten, die sie an dem Datum des Waffenstillstandes hatte, also ohne Rücksicht darauf, daß Erzberger, bekanntlich ohne jede Rücksprache mit Sachverständigen, schon 5000 Lokomotiven preisgegeben hatte und wir an ihnen empfindlich Mangel leiden. Ferner gelten als deutsche Bahnen auch die in Polen, die auf westeuropäische Spurweite umgearbeitet sind. Auch dorthin haben wir fehlende Lokomotiven nachzuliefern.

Auslieferung der deutschen Luftschiffe.

Aus London wird gemeldet:

Der Minister für das Luftwesen erklärte, daß sämtliche deutschen Luftschiffe den Alliierten ausgeliefert werden müssen, daß aber noch nicht feststehe, wie viel England davon behalten werde.

Die Verhandlungen mit Polen.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

Wie ich zuverlässig erfahre, gehen die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Regierung und einer Abordnung der polnischen Regierung, die das spätere Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und Polen festlegen sollen, erfolgreich weiter. Von einer gutunterrichteten Persönlichkeit wird versichert, daß alle Aussicht besteht, mit Polen zu einem Abkommen zu gelangen; das einen freundnachbarlichen Verkehr ermöglicht. Der diplomatische Verkehr mit Polen wird jedenfalls schon in nächster Zeit aufgenommen werden und es wird sich daran schließen ein Abkommen über den wirtschaftlichen Austausch und die Zollfragen.

Das Buch der Regierung.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

Am Donnerstag ist das von der Regierung in Weimar angekündigte Buch fertig gestellt, das sich mit den Vorgängen hinter den Kulissen während des Oktobers und Novembers 1918 beschäftigt. Das Buch enthält alle Dokumente, die greifbar waren, um ein vollständiges Bild aller Vorgänge zu geben.

Wenn die Dokumente auch nichts neues zu sagen wissen, so hat die Zusammenreihung der Vorgänge doch zum ersten Mal vielen einen wirklichen Ueberblick über die Dinge im Oktober und November 1918 gegeben.

Die deutsche Arbeiter-Gestellung.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

Wie ich zuverlässig höre, hat die französische Forderung, daß Deutschland nunmehr schleunigst für die Entsendung deutscher Arbeiter zum Wiederaufbau Nordfrankreichs Sorge trägt, dahin geführt, daß zwischen Vertretern der Regierung, zwischen Gewerkschaftsführern und unter Hinzuziehung von Arbeitnehmern eingehende Verhandlungen über die Möglichkeit der Bereitstellung und Entsendung von genügend Arbeitern stattfanden. Man hofft in Gewerkschaftskreisen, genügend Arbeiter zur Ausreise nach Frankreich bewegen zu können, da diesen einmal gute Verpflegung dann aber auch eine hohe Entlohnung gewährt werden soll. Nur insofern bestehen Schwierigkeiten, als die Arbeiter fürchten, in Frankreich unter französische Gesetze gestellt zu werden und nicht die nötige Freiheit zu erhalten, die sie in Deutschland haben. Um diese Schwierigkeit zu beseitigen und mit der französischen Regierung über die Art der Behandlung der deutschen Arbeiter in Frankreich einig zu werden, hat sich eine Kommission bestehend aus deutschen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nach Versailles begeben, wo in den nächsten Tagen mit Vertretern der französischen Regierung alle Einzelheiten besprochen und festgelegt werden sollen. Wie man mir mitteilt, ist man in Gewerkschaftskreisen der Ansicht, daß es gelingen werde, sofort, wenn die Forderungen der deutschen Arbeiter bewilligt werden, etwa 200 000 Arbeiter nach Frankreich zu senden. Diese Zahl wird später, wenn unsere Kriegsgefangenen heimgekehrt sind, noch beträchtlich erhöht werden können.

Kein Streik.

Haagen i. W., 2. August. (Eigene Drahtmeldung.) Der angekündigte Streik in Haagen, ebenso in Düsseldorf ist unterblieben. In beiden Städten haben sich alle Arbeiter zur Arbeit eingefunden. Es ist keine Streikneigung vorhanden. Ueberall herrscht Ruhe.

Die Räumung Litauens.

Wie der „V. Z." mitgeteilt wird, geht die Räumung Litauens und Suwalkis planmäßig vonstatten. Die militärischen Behörden ziehen entsprechend den von Berlin erteilten Befehlen die deutschen Truppen allmählich zurück.

Eingeworfene Fensterscheiben.

Die Regierung als Handlanger der Entente.

Herrn Erzbergers dreistes Schwindelmanöver bezüglich des englischen Friedensangebotes ist nun wohl aufgedeckt, sichtbar auch für den Blödesten. Aber es ist charakteristisch, was alles daran gesetzt wurde von den vereinigten Schwarz-Roten, um trotz dieser ungeheuerlichen Blamage Herrn Erzberger zu helfen und herauszuhauen: vier Ministerreden an einem Tage. Sie werden billig wie Brombeeren, besondere Beachtung schenkt man ihnen ja schon längst nicht mehr. Deshalb werden sie neuerdings mit sogenannten „Enthüllungen" aufgepulvert, die tatsächlich keine sind. Die ganze Aktion, soweit sie nicht der Blamage Erzbergers diente, wie die Rede Hermann Müllers, war nichts weiter als ein Ablenkungsmanöver, um Herrn Erzberger etwas aus der Schußlinie der Kritik zu entfernen. Die angeblichen Enthüllungen Bauers waren doch weiter nichts als die Bestätigung dessen, was in den Blättern auf Grund der Mitteilungen der Obersten Heeresleitung und Ludendorffs bezw. durch die Erklärung des früheren Kanzlers Dr. Michaelis längst bekannt geworden war: daß im Herbst 1917 Deutschland bereit war, auf jede Annexion in Belgien zu verzichten und lediglich neben dem wirtschaftlichen Anschluß und bis zu dessen Vollzug ein beschränktes Besatzungsrecht verlangte.

Das sind die Tatsachen, mit denen man jetzt gegen die Oberste Heeresleitung, gegen die Kriegshetzer-Annexionisten Militaristen, Schwerindustriellen, Vaterlandsparteiler und wie die Epitheta sonst lauten, in heftiger Entrüstung Sturm laufen will. Den Herren hat der Haß jedes Erinnerungsvermögen ausgelöscht; sie wissen infolgedessen samt und sonders nicht mehr, wie sie damals selber zu allen diesen Dingen gestanden haben, sondern toben aus der jetzigen, von ihnen geschaffenen Situation des völligen Zusammenbruchs heraus. Soll man das Zentrum an die Spahnsche Formel über Belgien erinnern, wonach es politisch, wirtschaftlich und militärisch in deutscher Hand verbleiben müsse? Herr Erzberger selbst ist bereits daran erinnert worden, daß er gegen den Standpunkt, den die Regierung in jenem Herbst eingenommen hat, damals nicht nur nichts einwandte, sondern ihn sich zu eigen machte und vertrat. Soll man die Sozialdemokraten daran erinnern, daß sie beim Brester Frieden teilweise verkappte und teilweise offene Annexionisten waren, daß sie nicht gegen ihn Front machten, sondern sich der Stimme enthielten, und daß diese Stimmenthaltung von einem großen Teil ihrer Fraktion mit Recht als Schwächlichkeit gekennzeichnet wurde? Man wird, abgesehen von den Unabhängigen, die Leute in Deutschland mit der Laterne suchen können, die 1917 auf Grund der damaligen Situation nicht die Stellungnahme der Obersten Heeresleitung und der Regiernug zu den westlichen Kriegszielfragen, wie sie in dem Briefwechsel Michaelis-Hindenburg und der Ludendorffschen Denkschrift niedergelegt worden sind, außerordentlich maßvoll gefunden haben würden. Es ist schließlich nun doch nicht nötig, daß man die eigene Gesinnungslumperei, die heute verdammen läßt, was man damals selbst vertrat, auch von allen anderen verlangt; die anständige Gesinnung muß doch schließlich noch irgendwo eine Zufluchtsstätte haben in Deutschland, wenn diese auch nicht in den Reihen der Mehrheitsparteien und der Regierung zu finden ist.

Es ist schließlich von den jetzigen Machthabern nichts anderes zu erwarten, als daß sie mit allen Mitteln skrupellosester Verlogenheit daran gehen, ihre durch die Folgen des Friedensschlusses bedrohte Machtposition durch neuen Volksbetrug zu festigen. Aber es muß festgestellt werden, daß die Art, wie das jetzt von ihrer Seite geschieht, sie zu Handlangern der Ententeinteressen herabdrückt. An diesem ganzen Streit um angeblich deutscherseits versäumte Friedensmöglichkeiten hat nur die Entente ihre Freude, nur England ein Interesse, das uns ja die alleinige Kriegsschuld im Rahmen seiner antideutschen Propaganda von jeher zuschieben wollte. Und die ungeheuerlichen Verdächtigungen, die der Herr Reichsministerpräsident auf Grund mißverstandener Aktenstücke gegen den Kaiser erhoben hat, sind nicht weiter als Materiallieferungen für den Ententegerichtshof. Er selbst hat das Verfahren gegen den Kaiser, wie die Entente es beabsichtigt, als eine Schmach bezeichnet, und gegen die betreffenden Artikel des Friedensvertrages feierlich Verwahrung eingelegt; er ist es jetzt, der einzig und allein aus Parteiinteresse die Materiallieferungen übernimmt, namentlich unter dem Gesichtspunkte, daß wir verpflichtet sind, die von der Entente zu fordernden Aktenstücke auszuliefern. Wenn die Herren, die jetzt das deutsche Volk regieren, nicht gerade systematisch darauf ausgingen, jedes nationale Empfinden zu erschlagen und mit der Wurzel auszurotten, wenn sie selbst das mindeste nationale Empfinden besäßen, so müßten sie wissen, welche Ungeheuerlichkeit, von der Personenfrage ganz abgesehen, sie mit einem derartigen Vorgehen unternehmen. Es wird sehr bald die Zeit kommen, wo man ihnen das mit allem Nachdruck vorhält, wo man sie daran erinnert, wie lediglich um persönlicher und Parteiinteressen willen, wegen des Hauptes des Herrn Erzberger und wegen der bedrohten Stellung der Sozialdemokratie von ihnen die Fenster des Deutschen Hauses eingeworfen worden sind, daß die Scheiben nur so klirrten. Das deutsche Volk muß sie bezahlen mit dem Rest seines Nationalstolzes und seines nationalen Empfindens, den die schmachvolle Revolution ihm noch gelassen hat. Dann ist das Werk der Herren vom 9. November vollendet, dann ist zu der politischen und wirtschaftlichen Vernichtung des deutschen Volkes und Reiches auch noch die moralische getreten.

Deutsche Nationalversammlung zu Weimar.

72. Sitzung vom Freitag, dem 1. August 1919.

Am Regierungstisch: Dr. David, Erzberger, Schmidt.

Das Haus erledigt zunächst eine Anzahl Anfragen.

Abg. Dr. Mittelmann (Deutsche Volkspartei) macht in einer Anfrage auf die bittere Not der Veteranen von 1870-71 aufmerksam.

Ministerialdirektor Dr. Maeder vom Reichsfinanzministerium gibt die Auskunft, daß die Reichsregierung beabsichtigt, den Veteranen eine einmalige Zuwendung zu machen.

Agb. Erkelenz (Demokrat) regt in einer Anfrage an, aus den zur Entlassung gelangenden Offizieren und Mannschaften im Sinne der Vorschläge von Professor Oppenheimer Ansiedlergruppen bilden zu lassen.

Geheimrat Dr. Tieburtius teilt mit, daß die erwähnten Vorschläge des Professors Oppenheimer praktisch erprobt und im Falle eines Erfolges in größerem Umfange durchgeführt werden sollen.

Auf eine Anfrage des Abg. Wetzlich (Deutschnational) erklärt Abg. Stücklen (Soz.) als Kommissar der Reichsregierung! Der Friedensvertrag tritt erst dann in Kraft, wenn seine Ratifikation durch Deutschland einerseits und drei der alliierten und assoziierten Hauptmächte erfolgt ist, erst dann kann formell auch die Durchführung der Bestimmungen über die Heimführung der Gefangenen erfolgen. Die Deutsche Regierung hat in zwei besonderen Noten vom 28. Juni und vom 21. Juli die Einsetzung von Kommissionen zur Vorbereitung des Abtransportes der Gefangenen erbeten, bis jetzt aber noch keine zusagende Antwort erhalten. Die deutsche Regierung hat weder die Möglichkeit noch die Macht, die Aufnahme der Verhandlungen zu beschleunigen. Es ist aber kein Weg unversucht geblieben. Die Internierung in der Schweiz ist erfreulicherweise dank der Bemühungen der Schweiz aufgehoben. Es ist bedauerlich, daß in der Presse unausgesetzt Meldungen auftauchen, wonach der Abtransport der Gefangenen unmittelbar bevorstehe oder bereits im Gange sei. Alle diese Nachrichten sind irrtümlich und geeignet, die Beunruhigung in der Bevölkerung noch zu steigern. Die dieser Tage aus Deutschland nach Versailles abgereiste Kommission zu unmittelbaren Verhandlungen mit Frankreich über den Wiederaufbau hat ebenfalls keinen Erfolg gehabt. Die vielfach verbreitete Ansicht, als ob freie Arbeiter zum Austausch gegen Gefangene angeboten werden könnten oder müßten, ist irrig. Die Fürsorge für die Kriegsgefangenen wird bis zu ihrer Heimkehr in jeder nur erdenklichen Weise ohne Rücksicht auf die Kosten fortgeführt.

Auf eine Anfrage des Abg. Kunert (U. Soz.) erwidert Geh. Rat Dr. Beverlein: Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Obsternte soll für die Marmeladenindustrie verwandt werden in Rücksicht auf den voraussichtlich auch noch im nächsten Jahre anhaltenden Fettmangel. Für die Mostherstellung wird kein Zucker zur Verfügung gestellt. (Beifall.)

Die Interpellation Dr. Heintze (Deutsche Volkspartei), Arnstadt (Deutschnational) über die Kohlenversorgung wird abgesetzt, da Verhandlungen über die Behebung der Kohlennot im Gange sind.

Es folgt die Interpellation Arnstadt (Deutschnational), Dr. Heintze (Deutsche Volkspartei) über Beamtenfragen. Die Interpellanten bitten um Auskunft, ob die Verordnung der preußischen Regierung vom 26. Februar betreffend die einstweilige Versetzung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand auch auf die Reichsbeamten ausgedehnt werden soll. Sie fordern eine Neuregelung der Besoldungs- und Pensionsverhältnisse und die Schaffung eines freiheitlichen Beamten- und Disziplinarrechtes.

Abg. Dr. Most (D. V. P.) Aus dem Vertragsverhältnis der Lebenslänglichkeit und der Unkündbarkeit ergibt sich unseres Erachtens, daß den Beamten das Streikrecht nicht zusteht. Der streikende Beamte ist ein Widerspruch in sich selbst. (Sehr richtig! rechts.)

Umsomehr hat aber auch der Staat die Pflicht, die Rechte der Beamten zu wahren. Das tut er aber nicht, wenn er in immer streikendem Maße Beamtenstellen, namentlich die leitenden Stellen, mit Parteimännern besetzt, denen die entsprechende Vorbildung und fachmännische Erfahrung abgeht. (Sehr richtig rechts.) In demselben Augenblick, wo man in England im Begriffe ist, um die politische Patronage zu beseitigen, zum Berufsbeamten zurückzukehren, wird bei uns das Berufsbeamtentum aufs schwerste gefährdet. Wir verlangen die Schaffung eines neuen Beamtenrechts durch das Reich mit einer Ausgestaltung der Beamtenausschüsse, Regelung der Urlaubsverhältnisse, Reform des Disziplinarwesens, Aufhebung gewisser einschränkender Bestimmungen wie Residenzpflicht, Verbot der Nebenbeschäftigung usw. Vor allen Dingen aber verlangen wir eine Errettung des Beamtenstandes aus der wirtschaftlichen Not.

Reichsminister Dr. David: Im Einvernehmen mit dem Finanzminister bin ich der Ansicht, daß eine Neuordnung der Besoldung und des Pensionswesens sowie der Hinterbliebenenfürsorge unbedingt nötig ist. Richtig ist, daß der Unterschied zwischen den Gehältern der Beamten und den Löhnen und Bezügen der Arbeiter und Angestellten unhaltbar geworden ist. Aber die Schuld trifft nicht das neue System, sondern das alte. (Sehr richtig.) Zunächst werden wir durch Teuerungszulagen der Notlage entgegentreten, soweit es mit der Finanzlage irgendwie zu vereinbaren ist. Durch eine wesentliche Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage wäre auch die der Beamten zu erreichen. Im Reichsministerium des Innern ist ein Rat für Beamtenfragen eingesetzt; er hat seine Arbeiten am 1. August bereits aufgenommen. Auf seinem Arbeitsplan steht auch die Regelung des Beamtendisziplinarrechtes. Das neue parlamentarische System wird die Gewähr geben, daß fortan die Beamten ihre berechtigten Forderungen leichter und rascher zur Geltung bringen können. Neben der vollen Möglichkeit, an allem Kritik zu üben, auch dem obersten Vorgesetzten, haben sie auch das Recht, ihr politisches Bekenntnis abzugeben. Ein jeder trägt den Marschallstab für die leitenden Stellen im Tornister. Der Weg geht hinauf. Freie Bahn dem Tüchtigen! (Beifall).

Abg. Krohnen (Soz.): Wir treten für die Koalitionsfreiheit und auch für das Streikrecht der Beamten ein. Ferner verlangen wir eine Gesetzesvorlage über Beamtenräte. Wir wünschen ein freies Beamtentum ohne Kriecherei. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Allekotte (Zentr.): Angesichts der Notlage sämtlicher Beamtenkategorien und auch der Beamtinnen halten wir eine durchgreifende Besoldungsreform für erforderlich.

Auf die Gefahr hin, Widerspruch bei den Beamten zu finden, erkläre ich als Meinung meiner Fraktion, daß die Beamten ein Streikrecht nicht verlangen dürfen. (Beifall im Zentrum und rechts.)

Abg. Rammers (Dem.): Wir sind der Ueberzeugung, daß trotz des Widerstandes Preußens unter allen Umständen den Beamten durch eine nochmalige Teuerungszulage unter die Arme gegriffen werden muß. Nur dadurch kann der wachsenden Gärung und Radikalisierung im Beamtentum vorgebeugt werden. (Sehr richtig!) Die Besoldungsreform muß schleunigst in Angriff genommen werden. Sehr viel bleibt noch zu tun in der Frage des Mitbestimmungsrechtes. Was man der Arbeiterschaft gewährt hat, kann man der Beamtenschaft nicht vorenthalten.

Abg. Deglerk (Deutschnational): Infolge von Aeußemalige Zulagen gegeben werden müssen. Dagegen könnten die Beamten befürchten, daß ihnen die Pensionsberechtigung und die unkündbare Anstellung abgesprochen und sie in das Verhältnis von Angestellten übergeführt werden sollten. Die Not unter den Beamten ist so groß, daß unbedingt einmalige Zulagen gegben werden müssen. Dagegen könnten manche Posten von parlamentarischen Ministern und parlamentarischen Unterstaatssekretären erspart werden.

Bei der Regelung der Teuerungszulagen müssen auch die Pensionäre berücksichtigt werden.

Reichsminister des Innern Dr. David wendet sich gegen die Angriffe der Vorredner. Es darf kein Mißbrauch getrieben werden, durch die Wiedergabe von Aeußerungen in einem Sinn, an dem kein Mensch gedacht hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Duewell (U. Soz.): Grundsätzlich werden die Mißstände nur durch freie Wahl der Beamten beseitigt.

Abg. Dr. Mittelmann (D. V.): Wie steht der Minister zu dem Streikrecht der Beamten? Meine Partei sowie die Deutschnationalen und das Zentrum lehnen es entschieden ab, weil es sich mit dem Charakter des Beamten nicht verträgt.

Reichsminister des Innern Dr. David: Ueber das Streikrecht der Beamten bin ich nicht in der Lage, mich klipp und klar zu äußern. Der Streit muß in den Organisationen der Beamten selbst abgetragen werden. Im übrigen ist ein einzelner Minister gar nicht berechtigt, inbezug auf diese Frage ein endgültiges Urteil abzugeben, weil das Streikrecht mit dem Etatrecht des Parlaments kollidiert.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 7. August, nachmittags 4 Uhr.

Schluß 2 Uhr.

Deutsches Reich.

Bildung einer oberschlesischen Arbeitsgemeinschaft.

Sämtliche politische Parteien Oberschlesiens hatten sich, wie der Telegraphen-Union gemeldet wird, in Kattowitz, mit Ausnahme der Unabhängigen, zusammengefunden, um die Fragen zu erörtern, wie im Hinblick auf die bevorstehende Besetzung Oberschlesiens bei der kommenden Abstimmung die Interessen Oberschlesiens am besten gewahrt werden können. Die Verhandlungen, an denen auch die oberschlesischen Abgeordneten teilnahmen, führten zu dem Ergebnis, eine oberschlesische Arbeitsgemeinschaft zu bilden, welche bezweckt, mit allen Mitteln dahin zu wirken, um Oberschlesien bei Deutschland zu erhalten. Daneben soll aber auch die Frage der Errichtung eines oberschlesischen Freistaates in entsprechender Weise erörtert werden, obwohl diese Frage zunächst nicht in den Vordergrund gerückt werden soll. Die Zahl der Mitglieder dieser Arbeitsgemeinschaft soll fünfzehn betragen.

— **In Berlin** hat eine Zusammenkunft von Vertretern deutscher Landarbeiterverbände und Arbeitgeber der Landwirtschaft statgefunden, um Maßnahmen zu beraten gegen drohende Erntestreiks in Ostpreußen, wo es besonders im Kreise Fischhausen bedrohlich aussieht. Man war sich darüber einig, daß Erntestreiks mit allen Mitteln verhindert werden müßten. Komitees von Arbeitgebern und -Nehmern sollen die Provinz zur Aufklärung und Schlichtung bereisen.

— **In Köln** wurde in einer Versammlung der Bodenreformer folgende Entschließung einstimmig angenommen: Die in der Bürger-Gesellschaft versammelten Bürger und Bürgerinnen Kölns richten an die Nationalversammlung die Forderung auf Erlaß eines Gesetzes, 1., daß alle in öffentlicher Hand befindlichen Gelände nicht wieder bedingungslos veräußert werden, sondern von Gemeinde und Reich nur im Wege des Rentenguts, Erbbaus, Wiederkaufrechts vergeben werden dürfen; zweitens, daß das jetzt frei werdende Festungsgelände, soweit es noch im Privatbesitz ist, zu einem Preis entsprechend dem beim Wehrbeitrag am 31. Dezember 1913 erklärten Wert enteignet werde.

— **Der Nationalversammlung** ist der Entwurf eines Gesetzes über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft zugegangen.

— **Entfernung der Unabhängigen und Kommunisten aus dem Heer.** Der preußische Kriegsminister hat, wie die C. P. C. erfährt, eine Verfügung erlassen, in der zum Ausdruck gebracht ist, daß die Zugehörigkeit der Reichswehrtruppen zur kommunistischen und unabhängigen sozialdemokratischen Partei im Widerspruch zu der eingegangenen Treupflicht stehe. Es sei daher für alle Angehörigen des Heeres Pflicht, das Vorhandensein von Mitgliedern dieser Parteien und propagandistische Maßnahmen von ihrer Seite sofort zu melden, damit sie aus dem Heere entfernt und gegebenenfalls der Bestrafung zugeführt werden können.

Erzberger als Erfinder.

Von den Behauptungen, die Herr Erzberger in seinen bekannten Reden mit eherner Stirn aufgestellt hat, wird eine Nachricht nach der anderen als unzutreffend oder als unwahr gekennzeichnet. Der Vatikan schickt sich an, seinen treuen Sohn, den jetzigen Reichsfinanzminister, zu berichtigen. Aus England kommen Meldungen über Meldungen, wonach die englische Regierung 1917 nicht daran gedacht hat, Friedensverhandlungen zu beginnen und aus Paris wird berichtet, daß der frühere französische Ministerpräsident erklärt hat: „Ja, Frankreich sei 1916 und 1917 zu Friedensverhandlungen bereit gewesen, aber selbstverständlich nur unter der Voraussetzung, daß Deutschland die Bedingungen der Alliierten annähme.“

Das schlimmste und peinlichste aber ist Herrn Erzberger mit der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ widerfahren. Wie man sich erinnert, hat Herr Erzberger erklärt, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ habe zuerst den Geheimbericht des Grafen Czernin veröffentlicht, und Herr Erzberger hat sich sogar nicht entblödet, die Vermutung auszusprechen, daß die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ diesen Bericht von der Obersten Heeresleitung erhalten habe. Das war an sich schon höchst unwahrscheinlich, denn die Oberste Heeresleitung konnte doch unmöglich einen Beweggrund dafür haben, einen so die Stimmung beeinträchtigenden Erguß in die Oeffentlichkeit gelangen zu lassen. Aber der Sachverhalt stellt sich für Herrn Erzberger noch viel belastender dar. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hat ihre Nummern nachgeschlagen und festgestellt, daß sie erst ein Jahr, nachdem Czernin seinen Bericht erstattet hat, die erste Notiz darüber gebracht hat.

Ausland.

Bulgarien vor der Umwälzung.

Nach einem in den englischen Blättern veröffentlichten Reutertelegramm hat man in amtlichen britischen Kreisen verläßliche Berichte aus Sofia erhalten, die ein sehr ernstes Bild von der inneren Lage in Bulgarien geben. Man hat den Eindruck, daß Bulgarien dem Beispiel Ungarns folgend, eine Sowjet-Republik errichten und den König Boris absetzen wird.

Der Streik in England.

Basel, 2. August. (Eigene Drahtmeldung.) Wie aus London gemeldet wird, flackert die Streikbewegung in ganz England wieder auf. Seit zwei Tagen streiken bereits wieder einige tausend Bergarbeiter. Man bringt den jetzigen Streik, der einen politischen Charakter aufweist, mit Machenschaften der Sinnfeiner und bolschewistischer Elemente in Zusammenenhang.

Politischer Mord in Stockholm.

Ein politischer Mord, in der russischen Emigrantenkolonie in Stockholm erregt ungeheures Aufsehen.

Dem amtlichen Polizeibericht zufolge wurde der in Stockholm wohnende Russe Dr. Ardaschew am 8. Juli in eine Villa in der Nähe Stockholms gelockt, dort für verhaftet erklärt und einen Tag festgehalten. Am zweiten Tage bildete eine Reihe von Emigranten ein Standgericht, das Ardaschew als Bolschewisten zum Tode verurteilte. Der Kosakenoberst führte sofort das Urteil aus, indem er Ardaschew mit einer Schlinge erwürgte. Die mit Steinen beschwerte Leiche senkte man dann in einen in der Nähe befindlichen See. Die beteiligten Russen sind verhaftet worden und bis auf die den Haupttäter geständig.

Nach ergänzenden Mitteilungen Stockholmer Blätter wurde Ardaschew in Emigrantenkreisen der Spionage zu Gunsten der Sowjet-Regierung verdächtigt und beschuldigt, durch seine Tätigkeit Angehörige von Emigranten in der Heimat schwer geschädigt zu haben.

Eine Galgenfrist von sieben Tagen.

St. Germain, 1. August. (Wiener Korr.-Bureau.) Auf Ersuchen des Staatskanzlers Renner, die zur Erstattung der Gesamtantwort auf die Friedensvorschläge der Entente bewilligte Frist zu verlängern, wurde von der Friedenskonferenz ein Aufschub von 7 Tagen bewilligt. Die Frist läuft somit am 6. August, 1 Uhr mittags, ab.

— **Ein Vertreter Koltschaks in Berlin.** Seit einiger Zeit befindet sich eine Vertretung der Regierung Koltschaks in Berlin, wo sie in der Straße In den Zelten ihren Sitz hat. Diese unter dem Namen „Russisches Komitee“ tätige Organisation nichtbolschewistischer russischer Staatsangehörigen ist nicht als diplomatische Vertretung im eigentlichen Sinne zu betrachten. Sie wird jedoch vom Ministerium des Innern bei der Ausstellung von Ausweisen an Russen als Auskunftsstelle berücksichtigt. (B. L.)

Politische Nachrichten.

— **Zum Anschluß Koburgs an Bayern** wird amtlich bekannt gegeben, daß sich die Parteien des bayrischen Landtages bereits erklärt haben, dem Wunsche Koburgs auf Anschluß an Bayern zuzustimmen. Die endgültige Entscheidung wird nunmehr durch eine Volksabstimmung in Koburg erzielt werden.

— **Verdreifachung der Erbschaftssteuer?** Im Steuerausschuß für die Beratung der Erbschaftssteuer schlug der sozialdemokratische Abg. Keil eine Verdreifachung der Steuergesetze in der Regierungsvorlage vor und erklärte, daß ohne eine ausreichende Besteuerung des Besitzes seine Partei nicht für die geforderten direkten Steuern stimmen könne. In der Freitagsitzung der Tabaksteuerkommission wurde die Kontingentierung der Zigarrensteuer gestrichen.

Die nächste Volkszählung.

St. Am 8. Oktober d. Js., einem Mittwoch, soll wieder im Deutschen Reiche eine allgemeine Volkszählung stattfinden. Tag und Jahr sind sehr außergewöhnlich. Seit fünfzig Jahren sind die Volkszählungen im Deutschen Reiche Anfang Dezember, meist am ersten oder, wenn dieser ein Sonntag war, am zweiten, vorgenommen worden. Das seine triftigen, durch die Erfahrung immer wieder bestätigten Gründe. Drei Wochen vor dem Weihnachtsfest ist die Bevölkerung am seßhaftesten, sind die wenigsten auf Reisen. Eine allgemeine Volkszählung, die um diese Zeit durchgeführt wird, liefert daher genauere Ergebnisse als eine zu anderen Zeiten bewirkte Zählung. Die Richtigkeit dieser Annahme hat sich immer wieder erwiesen und hat man an den ersten Tagen des Dezembers als der für eine Volkszählung geeignetsten Zeit während eines halben Jahrhunderts festgehalten. Die nächste Volkszählung macht die erste Ausnahme von dieser Regel.

Aber auch das Jahr dieser Zählung ist, wie schon angedeutet, außergewöhnlich. Für die allgemeinen Volkszählungen im Deutschen Reiche wurden bisher stets diejenigen Jahre ausersehen, deren Zahl sich durch fünf restlos teilen ließ, also entweder mit einer 5 oder 0 endigt. Von dieser Regel hat es bisher nur zwei Ausnahmen gegeben. Die erste Volkszählung in dem durch Bismarck geschaffenen und durch den Umsturz vom 9. November vorigen Jahres zerstörten Deutschen Reiche fand nicht am 1. Dezember 1870, sondern am 1. Dezember 1871 statt. 1870 konnte die Volkszählung nicht vor sich gehen, weil Anfang Dezember der deutsch-französische Krieg noch nicht beendigt und das neue Deutsche Reich noch nicht geschaffen war. Aus diesen Gründen mußte sie 1871 vorgenommen werden. Auch die nächste Volkszählung findet in einem Jahre statt, dessen Zahl sich nicht durch fünf restlos teilen läßt. Aber welcher Abgrund tut sich zwischen der Volkszählung von 1871 und der von 1919 auf! Jene war die erste nach einem für Deutschland und die Deutschen ungemein ruhm- und erfolgreichen Kriege; diese die erste nach einem Kriege, der in der Weltgeschichte nicht seines gleichen hat, in dem die Deutschen unzählige Wunder an Tapferkeit und Ausdauer verrichtet haben, der aber für Deutschland unglücklich ausgegangen ist.

Die zweite Volkszählung, die in einem Jahre vor sich ging, dessen Zahl nicht durch fünf restlos teilbar ist, war die Anfang Dezember 1917, inmitten des Weltkrieges, vorgenommene. Sie fand hauptsächlich zu dem Zwecke statt, um zuverlässige Unterlagen für die Lebensmittelverteilung zu gewinnen. Das ist auch der eigentliche Zweck der nächsten Volkszählung. In dieser Beziehung sind diese beiden letzten Volkszählungen einander gleich. Die Sorgfalt, mit der früher Volkszählungen durchgeführt wurden, und die sehr ins Einzelne gehenden Feststellungen, die mit ihnen verbunden waren, mangelten der Volkszählung von 1917 und werden auch bei der kommenden Volkszählung fehlen. Eine richtige allgemeine Volkszählung wie sonst in Friedenszeiten werden wir frühestens 1920 wieder haben.

Die drei schönen Bernhausen.

Roman von Fr. Lehne.

Spannende Szenen aus dem Gesellschaftsleben, packende Seelenschilderungen, lebhafte Charakterdarstellung.

Beginn am Montag.

Kösliner Volksblatt.

Aus Stadt und Land.

Köslin, den 2. August 1919.

Zum 3. August: Sonnenaufgang 4,23. Sonnenuntergang 7,48. Mondaufgang 12,58. Monduntergang 10,11.

Der alte Bettler.

Weißt Du es noch,
Alter, an der Ecke?
Nie ging ich vorbei
An Deinen Krücken,
Ohne Dir eine blinkende Mark
In die Hand zu drücken.

Dann wurde es weniger.
Ich senkte den Blick
Beschämt vor Dir.
Nur ein ärmliches Fünfzigpfennigstück!

Dann wurde es — noch weniger.
Du danktest verlegen
Für den spärlichen Segen,
Und ich huschte vorbei.

Heute kann ich Dir nur
Ein — Lächeln geben,
Gib Deins mir dafür,
Bruder!

Maria Janitschek,
Westermanns Monatshefte, Heft 11.

Reichseinkommensteuer und Selbstverwaltung.

Soll nach dem großen Werke Scharnhorsts nun auch das größte Werk des Freiherrn vom Stein, die Städteordnung, geopfert werden? Eine Umarbeitung steht ja bevor, des Inhalts, daß auch in der Kommunalverwaltung der Grundsatz der Demokratie in aller Schärfe durchgeführt wird. Jeder wahlfähige Ortsansässige hat eine Stimme und keiner mehr, auf daß die Menge der Unbemittelten alles in ihre Tasche wirtschaften und zwar möglichst unmittelbar. Vergegenwärtigt man sich die Folgen solcher Mißwirtschaft, so braucht man nur zu sehen, was sozialistische Bürgermeister aus den blühendsten Gemeinden Frankreichs oder auch Italiens gemacht haben. Und dann ist man geneigt, in der bescheidenen Rolle, die die Reichseinkommensteuer der städtischen Finanzwirtschaft einräumt, ein Gegengewicht zu sehen. Denn diese Reichseinkommensteuer soll einheitlich den Bedarf des Reichs, der Gliedstaaten und der Kommunen decken. Bis jetzt bestritt

die Gemeinde,

soweit sie nicht werbendes Vermögen besaß, ihr Einkommen aus den Zuschlägen zur Staatseinkommensteuer. In der großen Mehrzahl der Gemeinden war das sogar die Hauptquelle. Nach der Neuordnung wird den Gemeinden aus dem Reichssäckel ein bestimmter Anteil zugewiesen. Wie der bemessen werden soll, ist noch ganz ungewiß. Jedenfalls aber wird der Bedarf einer jeden Gemeinde von oben her geprüft, und sie muß ihre Ausgaben in allen Einzelheiten der Staatskontrolle unterwerfen. Mit der Aufhebung der finanziellen Selbständigkeit fällt nun das wesentliche der Steinschen Städteordnung. Sie sollte die Bürger zur selbständigen Verwaltung auch des Vermögens ihrer Gemeinde erziehen, während vorher im alten Preußen sie nur ein Verwaltungsbezirk war. Sie hat in der politischen Schulung durch die Mitarbeit am Gemeinwohl großes geleistet und man kann im kleinen mit diesem ihrem Erfolg die Organisation der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften vergleichen. Aber welch ein Unterschied. Die städtische Selbstverwaltung erzog ihre Beamten, alle Seiten menschlicher Betätigung und Beziehung ihrer Betrachtung zu unterwerfen, der Gewerkschaftsbeamte, sicherich der der sozialdemokratischen freien Gewerkschaften, sieht nur Arbeitnehmer und Arbeitgeber und zwischen ihm den Klassenkampf; die neue Zeit aber hat schon an die Spitze mancher Großstädte, Gewerkschaftsbeamte gestellt, und wir müssen annehmen, daß die Zahl sozialdemokratischer Bürgermeister sich ständig vermehren wird. In enge Parteianschauungen befangen sind sie großzügiger Auffassung ihres Amt unzugänglich und aufkommende Erkenntnis dürfen sie nicht verwerten, dank der dauernden Kontrolle und Beobachtung durch gesinnungstüchtige Genossen und der von ihnen geleiteten Parteipresse. So ist die wirkliche Selbstverwaltung, um die uns da z. B. verständige Franzosen, wie Taine, beneidet haben, jetzt schon der Vernichtung preisgegeben. Und die Einschränkung, die die Reichseinkommensteuer mit sich bringen würde, fällt gegen diese Tatsache kaum noch ins Gewicht.

Wohin wir auch sehen, überall fallen die Segnungen des 9. November auf unser armes Vaterland wie Mehltau auf grünende Pflanzen.

Aufruf und Einziehung der Reichsbanknoten zu 50 Mk. vom 20. Oktober 1918.

Die Reichsbank ruft nunmehr durch öffentliche Bekanntmachung ihre 50 Mark-Noten mit dem Datum vom 20. 10. 18 auf. Die Besitzer werden aufgefordert, diese Noten bis zum 10. September 1919 bei einer Dienststelle der Reichsbank in Zahlung zu geben oder gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel umzutauschen. Mit dem 10. September verliert die aufgerufene Note ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel, was zur Folge hat, daß nach diesem Tage niemand mehr verpflichtet ist, die 50 Mark-Noten vom 20. Oktober 1918 anzunehmen. Es empfiehlt sich deshalb, schleunigst alle 50 Mark-Noten dieser Ausgabe bei einer Reichsbankanstalt, öffentlichen Kasse, Bank, Sparkasse oder Geldinstitut in Zahlung zu geben oder umzutauschen. Versäumt man den Termin vom 10. September 1919, so kann man die Noten nur noch bei der Reichsbankhauptkasse in Berlin eintauschen, die eine Einlösung aber auch nur bis zum 10. September 1920 vornimmt. Mit letzterem Zeitpunkt erlischt für die Reichsbank die Einlösungspflicht überhaupt.

Um jedem Irrtum vorzubeugen, wird aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich bei diesem Aufruf lediglich um die Reichsbanknoten zu 50 Mark mit dem Datum des 20. Oktober 1918 handelt, die auf der Vorderseite links ein grünes Zierstück und rechts daneben den Aufdruck in einer quadratisch dunkelbraunen Umrahmung tragen. Unberührt vom Aufruf bleiben sämtliche übrigen Reichsbanknoten, Reichskassenscheine und Darlehnskassenscheine, also auch die anderen auf 50 Mark lautenden Darlehnskassenscheine und Reichsbanknoten, unter letzteren auch die Ausgabe vom 30. November 1918, deren Aufdruck auf der Vorderseite von einem gewellten Rahmen umgeben ist und deren Rückseite ein freies Mittelfeld aufweist. Alle diese Geldzeichen bleiben gesetzliches Zahlungsmittel, müssen also von jedermann auch ferner in Zahlung genommen werden.

Anlockung zum seemännischen Beruf.

In Tageszeitungen erscheinen regelmäßig Anzeigen von sogenannten „seemännischen Auskunftsbüros", die unter verlockenden Bedingungen Leuten aller Berufsklassen Anstellung im seemännischen Beruf in Aussicht stellen. Wie wir auf Grund eines uns vorliegenden umfassenden Materials feststellen können, handelt es sich in allen solchen Fällen ausnahmslos um die Machenschaften Unberufener, die mit dem Seemannsbetrieb nicht das Mindeste zu tun haben, wie z. B. Gastwirte, und die sich auf diese Weise nur eine Quelle müheloser Einnahmen auf Kosten Irregeführter schaffen wollen. Gegen das vorher einzusendende Honorar wird den Interessenten stets nur ein gedrucktes Formular übersandt, in dem bestenfalls ein paar Winke über die Beschaffung von Ausweisen, Genehmigung der Eltern oder Vormünder usw., im übrigen aber nur die Adressen einiger Heuerbüros gegeben werden. Irgendeinen Auftrag von Reedereien zur Anwerbung seemännischen Personals haben diese Auskunftsbüros nicht. Den Bewerbern wird also nutzlos Geld aus der Tasche gezogen. Diese Machenschaften sind umso verwerflicher in anbetracht der sattsam bekannten, traurigen Lage der deutschen Seeschiffahrt, angesichts der Ablieferung fast unserer gesamten deutschen Handelsflotte an die Feinde, die nur noch für einen kleinen Teil der deutschen Seeleute die Möglichkeit einer Beschäftigung bietet. Es ist also ganz unverantwortlich, Unerfahrene zum Eintritt in den Seemannsberuf zu ermuntern und ihnen damit Hoffnungen zu erwecken, die dann bei einem direkten Verhandeln mit den berufenen Heuerstellen unausbleiblich enttäuscht werden müssen. Es kann daher im öffentlichen Interesse nur auf das Eindringlichste davor gewarnt werden, derartigen Anzeigen in den Zeitungen Beachtung zu schenken.

Ein Stadttheater in Köslin.

Mit gespannter Erwartung sieht man in unserer Stadt den Darbietungen der Dirschauer Theater-Gesellschaft entgegen, die sich hier als „Stadttheater" niederzulassen gedenkt. Für eine Stadt wie Köslin bedeutet ein ständiges Theater keinen außergewöhnlichen Luxus, sondern eine Selbstverständlichkeit, die in allen Kreisen der Einwohnerschaft sorgfältige Anteilnahme erfordert. Was ein Theater für die Volksbildung, aber auch für die Unterhaltung und geistige Erfrischung der Massen bedeutet, braucht hier nicht erörtert zu werden. Es ist eine alte Erfahrung, daß ein Theater am besten gedeiht und seinen Zwecken gerecht wird, wenn das Publikum in allen seinen Schichten dem Unternehmen Aufmerksamkeit schenkt und durch rechtzeitige Fühlungnahme seinen Einfluß auf die Gestaltung des Betriebes, des Spielplanes und der Ausstattung mit Material und Kräften geltend macht. Der Gedanke einer vereinsmäßigen Organisierung des gesamten Theaterbesuchenden Publikums ist nicht so undurchführbar wie er auf den ersten Blick erscheint. Auf diesem Wege sind zahlreiche „Volksbühnen" ins Leben gerufen und künstlerisch und wirtschaftlich gesichert. Es kommt gerade in unserer Zeit darauf an, dem Theater im Rahmen der Kultur wieder die Stellung zu verschaffen, die ihm gebührt, die allein geeignet ist, es zur „moralischen Anstalt", zum Spiegelbild der Zeit, zur Bildungsstätte und zum Brennpunkt des gesamten geistigen Lebens der Gegenwart zu machen. Theater ist keine Angelegenheit einer bestimmten Gesellschaftsschicht, sondern im weitesten Sinne Sache des Volkes in allen seinen Ständen, Berufen und Schichten. Gerade darum aber haben die sogenannten Intellektuellen, die geistig hervorragenden, die „Gebildeten", die Pflicht sich des Theaters im denkbar höchsten Maße anzunehmen. In Köslin muß man den Dirschauern Dank wissen, daß sie mit kühnem Entschluß u. mit unverkennbarem Mut hier Fuß zu fassen gewillt sind. Noch kennen wir ihre Leistungen, ja auch den Geist, von dem das Unternehmen beseelt ist, nicht. An ihren Taten wird das offenbar werden! Aber schon heute müssen Bürgerschaft und Stadtverwaltung bemüht sein und geeignete Schritte tun, um sogleich das Unternehmen in die Bahnen zu leiten, die dem Geist der Zeit angemessen und der Stadt Köslin angepaßt sind. Es muß sofort

ein Theaterausschuß

aus Stadtverwaltung, Bürgerschaft und Presse gegründet werden, der Mittel und Wege zu suchen hat, um hier in der Tat ein gutes und bleibendes Stadttheater ins Leben zu rufen. Herricht.

— **Die Zahlung der Entlassungsgebührnisse** ist, so schreibt das Kriegsministerium, inzwischen durch ausführliche Verfügungen und beständige Hinweise soweit geregelt, daß gegenwärtig kaum noch ein Zweifel bei den in Betracht kommenden Dienststellen über etwaige Zuständigkeit usw. aufkommen kann. Immerhin lassen sich um Doppelzahlungen zu vermeiden, Anfragen bei den Truppenteilen nicht ganz vermeiden, sodaß die Auszahlung in vereinzelten Fällen erst einer Prüfung bedarf, die mit einem gewissen Zeitaufwand verknüpft ist. Aus den nur noch in geringer Zahl beim Kriegsministerium eingehenden Beschwerden läßt sich aber ersehen, daß die von hieraus getroffenen Maßnahmen bereits ihre Wirkung getan haben, und es ist anzunehmen, daß die Verabfolgung der Entlassungsgebührnisse in kürzester Zeit ihre Erledigung gefunden haben wird.

— **Stadttheater** (Kösliner Festsäle). Auf die morgen stattfindende Erstaufführung und Eröffnungsvorstellung des Stadttheaters mit dem Schwank „Junggesellendämmerung" weisen wir nochmals hin. Zugleich machen wir darauf aufmerksam, daß der Vorverkauf auch morgen, Sonntag stattfindet und zwar von 10 bis 1 Uhr an der Stadttheaterkasse. Eröffnung der Abendkasse 7 Uhr.

— **Jungsturm (E. V.).** Wie meistens in den Ferien will auch in diesem Jahre das hiesige Jungsturmbat. Nr. 8 eine mehrtägige Wanderfahrt unternehmen, und zwar über Polzin in die Pommersche Schweiz bis zum Dratzigsee. Der Zweck solcher Wanderungen besteht hauptsächlich darin, die nähere Heimat kennen und lieben zu lernen, sowie die Kameradschaft im Jungsturm zu stärken. Alle Jungstürmer versammeln sich um 12 Uhr auf dem Gymnasialschulhof am Sonntag, dem 3. August 1919 zur näheren Besprechung.

— **Auf das morgige Missionsfest** sei besonders hingewiesen. Die trübe Gegenwart gibt uns ganz besonderen Anlaß zur Frage, soll das deutsche Volk auf seine religiöse Mission, die zugleich eine Kulturmission ist, verzichten? Darauf will uns der Obermissionar Röhl im Morgengottesdienst in der Schloßkirche, in einer Volksversammlung im Roggower Wäldchen um 3 Uhr nachmittags und in einem Vortrage während eines Familienabends im Gemeindehaus abends 8 Uhr Aufschluß geben.

— **Die Kammerlichtspiele** bringen in ihrem jetzigen Spielplan der bis einschl. Montag vorgesehen ist, das reizende Lustspiel „Die linkische Anna". Dieses, und eine weitere Posse, die als besondere Einlage gegeben wird, sorgen für dauernde Betätigung der Lachmuskel. Aeußerst spannend und sensationell ist das Kriminaldrama „Solvey". Der Besuch sei angelegentlichst empfohlen.

— **Der Militärgottesdienst**, der, wie angekündigt, morgen Sonntag 8½ Uhr in der Schloßkirche abgehalten werden sollte, fällt aus und wird erst am 17. August stattfinden.

— **Verkauf.** Schumachers Hotel hierselbst wurde vom Besitzer Gustav Ebert für den Preis von 215 000 Mark an den Gastwirt Specorius aus Charlottenburg verkauft. Die Uebergabe erfolgt am 1. September.

— **Von der Jagd.** Jagdbar sind im Monat August Rehböcke wilde Enten, Schnepfen, alle anderen Sumpf- und Wasservögel, und vom 1. September an Rebhühner. Die kommende Hasenjagd verspricht eine ungewöhnlich gute Ernte. Auffallend viele Junghasen machen sich in diesem Sommer in Feld- und Wald bemerkbar. Diese erfreuliche Tatsache wird auch von der „Deutschen Jäger-Zeitung" bestätigt.

— **Keine Frühdruschprämien.** Vom hiesigen Landratsamt erfahren wir, daß Frühdruschprämien in diesem Jahre nicht zur Auszahlung gelangen.

— **Geschickt manövriert** wird von der hiesigen „Kösliner Volkszeitung". Man versucht, die amtlichen Bekanntmachungen auswärtiger Magistrate zu gewinnen. Nicht genug, daß die Behörden dadurch eine nicht zu unterschätzende Belastung erfahren würden, die parteipolitischen Zwecken dient, ist es eine ausgesprochene Propaganda, für diese Zeitung, die betrieben wird auf Staatskosten. Durch diese Amtlichen Bekanntmachungen gewinnt die Zeitung an Interesse in den betreffenden Ortschaften und das erleichtert den Abonnentenfang. Von diesem Empfinden getragen waren wohl auch die Stolper Stadtverordneten bei der Stellungnahme zu dem sozialdemokratischen Antrag auf Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen in der „Kösliner Volkszeitung".

Dem Sitzungsbericht der Stadtverordneten vom 30. Juli entnehmen wir hierzu folgendes: Als Stadtv. Frohnhöfer eine Erklärung vom Magistrat forderte, warum die Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen in der Kösliner Parteizeitung noch immer nicht erfolgt sei, trotzdem in einer früheren Sitzung ein Versammlungsbeschluß darüber gefaßt worden sei, diese Erklärung seitens des Bürgermeisters Dr. Lütje aber erst nach Erledigung der Tagesordnung zugesagt wurde, beteiligten sich die Mitglieder der beiden sozialdemokratischen Parteien nicht mehr an der Beratung, sondern verließen geschlossen den Saal. Da hierdurch die schon ohnehin schwache Besetzung des Hauses noch erheblich herabgemindert wurde, mußte die Sitzung infolge Beschlußunfähigkeit vertagt werden.

— **Einen traurigen Abschluß** hatten die Sommerferien für das Kinderfräulein K., das in Rest zur Erholung weilte. Gestern, Freitag abend, wollte sie nach Berlin zurückkehren und benutzte den Aufenthalt hier in Köslin zu einem Spaziergang, wobei ihre Handtasche mit 40 Mark und dem Gepäckschein verloren ging. Als sie sich heute früh um ihr Gepäck bemühte, war es abgeholt. Polizeiliche Nachforschungen blieben auf Grund der verspäteten Anzeige erfolglos. Die Bedauernswerte steht mittellos auf der Straße, und verdankt dies lediglich ihrem Leichtsinn, daß sie nicht sofort Anzeige erstattete.

— **Geflaggt** war heute das Regierungsgebäude anläßlich der Annahme der neuen Reichsverfassung.

— **Belgard. Verhandlung über einen neuen Tarifvertrag für landwirtschaftliche Arbeiter.** Auf Einladung des komm. Landrats Regierungsrat Dr. Ahrendts hatten sich die Großgrundbesitzer des Kreises im Kreishause eingefunden, um grundsätzlich zu dem seitens des Landarbeiterverbandes vorgelegten neuen Tarifvertrag Stellung zu nehmen. Die Großgrundbesitzer erklärten sich in dieser Versammlung grundsätzlich bereit, in Verhandlungen einzutreten; erbaten jedoch einige Tage Frist, weil sie sich diesesmal auch mit dem Kleingrundbesitz zunächst ins Benehmen setzen wollten. Der Verhandlungstermin mit dem Landarbeiterverband, der auf Freitag festgesetzt war, und zu dem auch eine Hinzuziehung des Kleingrundbesitzes seitens des Landratsamtes bereits in Aussicht genommen war, wurde daher aufgehoben. Die gemeinsamen Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden spätestens Anfang nächster Woche stattfinden.

— **Kolberg. Ertrunken** sind infolge kentern eines Bootes durch starke Strömung im sogen. Kupfergraben der Verwundete Otto Rahn von der Freiw. Marine-Div. Ost und ein junges Mädchen. Die Leichen sind noch nicht geborgen.

— **Bütow.** Oberpfarrer Wurms wurde am vergangenen Sonntag in Greifenberg als Superintendent eingeführt.

— **Stargard.** Die Turnvereine Pommerns stifteten im September 1916 Steine zu einem Bismarckdenkmal im Gutsparke zu Kniephof, das jetzt fertiggestellt wurde und am 3. August der Familie von Bismarck-Kniephof übergeben werden soll. Eine größere Feierlichkeit ist nicht in Aussicht genommen. — Die Wahlen zum Kreistag im 1. Wahlbezirk sind für ungültig erklärt, weil ein Wahlvorschlag wegen eines Formfehlers zur Wahl nicht zugelassen war. Es sind Neuwahlen ausgeschrieben.

— **Stettin.** Ueber widerliche Szenen vor den englischen Kriegsschiffen entnehmen wir der Schilderung eines Augenzeugen folgendes: Die liebe Straßenjugend versammelte sich zuerst um die neue Erscheinung im Hafen, staunend, schimpfend und — bettelnd. An der Reling lehnten die Matrosen und besahen sich Jungdeutschland sehr von oben herab; ab und zu flog ein Stückchen Kuchen oder dergleichen herab zum Kai, mit geräuschvollem Dank begrüßt und verspeist, während auf den wohlgenährten Plumpuddinggesichtern ein gönnerhaftes Lächeln erschien. . . . Dann kamen andere Neugierige, Erwachsene. Hier flehte ein Mann mit abgezogener Mütze um ein Endchen Kautabak, das denn auch in die Mütze fiel; dort bettelt einer ein paar Matrosen, die in die Stadt gingen, am Aermel fest, um Zigaretten zu erbetteln. Ich habe mich geschämt wie nie in meinem Leben! Jene englischen Matrosen werden daheim erst den rechten Begriff davon geben, wie sehr die Deutschen zu verachten sind! — Aber, Gott sei Dank! da standen auch Männer, die mit tiefem Schmerz auf das traurige Schauspiel blickten, denen es in der Kehle würgte bei dem Hohn, der aus den Engländergesichtern sprach, der auch aus den blanken Geschützteilen zu grinsen schien . . . Da standen einige deutsche Matrosen, denen die Scham im Gesichte zu lesen war, — Deutsche, die diesen Namen noch verdienen. Und daß es noch solche gibt, sei unser Trost!

Volkswirtschaft

Berliner Produktenbericht.

Berlin, 1. August.

Im freien Warenverkehr ist in der Geschäftslage für Lupinen und Seradella eine Veränderung nicht eingetreten. Herbstrübensamen der verschiedenen Sorten wird stark angeboten. Für Heu sind in der Provinz verschiedene Preise von 15½ bis 15 Mark erzielt worden. Hier ist im Großhandel dieser Preis noch nicht zu erreichen. Stroh ist mit 4¾ lebhafter umgesetzt worden. Am Markt befindliches Angebot von Rapsstroh hat bisher noch keine Beachtung gefunden.

— **Die Flugpostgesellschaft** hat die Beförderung von Postsachen vorläufig eingestellt, da ihr Betriebsmaterial fehlt, das in den Händen von „Schiebern" monopolisiert (!) zu sein scheint.

Kunst und Wissenschaft.

— **Die Romanschriftstellerin Anny Wothe** ist im Alter von 61 Jahren gestorben.

— **Verbot von Schönhers „Weibsteufel".** Der französische Militärgouverneur hat nach einer Meldung aus den Rheinlanden für seinen Befehlsbereich die Aufführung von Schönhers Bauerntragödie „Der Weibsteufel" verboten.

Letzte Nachrichten.

Amsterdam, 2. August.

„Nieuwe von den Dag" meldet aus London, daß der Streik der Polizisten ein Fehlschlag war. Er dauerte bis 6 Uhr morgens. Von 5000 Polizisten, die in der Nacht Dienst hatten, verließen nur 300 ihren Posten. Alle Polizisten, die gestreikt hatten, werden entlassen.

Bern, 2. August.

Nach Mailänder Meldungen beabsichtigt die italienische Regierung die Freigabe der Einfuhr deutscher Rohstoffe, während die Einfuhr von Fertigfabrikaten, um eine deutsche Konkurrenz nicht aufkommen zu lassen, ganz eingeschränkt bleiben soll.

Mährisch-Ostrau, 2. August.

Im polnischen Parlament gab Paderewski Erklärungen über den Friedensvertrag mit Deutschland ab und teilte mit, daß Polen durch Abänderung des Vertrages 95 000 qkm verliere aber 60 000 Polen gewinne. Er führte weiter über die Rechte der nationalen Minderheiten aus, daß Polen von selbst den Minderheiten Rechte zugesichert hätte. Die Internationalisierung der Weichsel konnte nicht verhindert werden, weil die Entente alle Flüsse der Welt internationalisieren wolle. Er wandte sich dann gegen die pessimistischen Beurteiler der polnischen Politik und sagte: Wir haben der Entente nicht viel geholfen, sondern die polnischen Flüchtlinge, denen man bisher in Polen wenig Dank wußte. Er schloß: Wir brauchen dauerndes Einvernehmen und gute Beziehungen mit allen unseren Nachbarn. Wir wollen keinen Krieg, und Frieden nach außen, damit wir daheim am Wiederaufbau arbeiten können.

Amsterdam, 2. August.

Vom Preßbüro Radio wird aus Washington gemeldet, daß die Rundreise Wilsons in den Vereinigten Staaten 13 Tage dauern wird. Der Präsident, der gegen den 15. August seine Reise zu beginnen gedenkt, wird im Verlaufe der Reise 25 Reden halten.

Verantwortlich für Politik und Unterhaltungsteil: Hauptschriftleiter Günther Herricht; für Oertliches u. Provinz Hans Meißner; für den Anzeigenteil: Hans Reigefind. Druck und Verlag: Fürstentumer Zeitung A.-G. Sämtlich in Köslin.
Berliner Schriftleitung: August Storm, Berlin.

Bekanntmachung.

Für die Einwohner der Stadt Köslin wird auf Abschnitt Nr. 7 der Lebensmittelkarte am Sonnabend, dem 9. August, pro Kopf 1/2 Pfund Suppenfabrikat ausgegeben.

Die Abschnitte sind bis spätestens Mittwoch abend bei den Kaufleuten abzugeben.

Letztere haben die gesammelten Abschnitte am Donnerstag vormittag dem Lebensmittelamt einzureichen.

Da es sich um verschiedene Fabrikate handelt, so sind die Ladenpreise verschieden.

Köslin, den 1. August 1919.

Der Magistrat.

Den geehrten Herrschaften von Stadt und Land die ergebene Mitteilung, daß ich am 5. August mein vollständig

renoviertes

Hotel u. Restaurant

wieder eröffne

und bitte meine alten und neuen mich beehrenden Gäste um recht regen Besuch.

Hochachtungsvoll

Frau Helene Brandt,
Köslin,
Hotel „Deutsches Haus".

Einige wenige

„Eyth'sche Getreidemäher"

Deutsches Fabrikat
ferner

Heu- und Getreiderechen

„ganz Automat"
abzugeben

Carl Schaefer,

Maschinenfabrik und Eisengießerei.

Wer gut säen und ernten will,

benützt die vielfach praktisch ausprobierte

Handsämaschine „Landwirtslust".

„Landwirtslust" hat sich bisher vorzüglich bewährt, ist von höchst einfacher Konstruktion und leichtem Gewicht, schont Menschenkräfte, kann von jedermann, sogar im Säen völlig Ungeübten, ohne weiteres gehandhabt werden, macht Tierkräfte unnötig, spart Zeit, Saatgut u. verhindert Samenverlust.

„Landwirtslust" säet völlig gleichmäßig, gut verteilt, mühelos, billig, sicher und schnell und man kann damit nicht nur alle Getreidesorten, sondern jedes Saatgut bis zu den feinsten Sämereien aussäen.

„Landwirtslust" ist handlich, praktisch und dauerhaft, wetterfest, daher für jeden Landwirt ein unbedingt nutzbringendes Gerät.

„Landwirtslust" wurde von Landwirten und Landwirtschaftskammern, Zeitungen viel empfohlen und liegen bereits massenhafte Anerkennungs- und Dankschreiben vor.

Kein Landwirt versäume, sich in den Besitz der Handsämaschine „Landwirtslust" zu setzen.

Nur sofortige Bestellung gibt Gewähr für rechtzeitige Lieferung.

Preis der Maschine nur 120 Mark.

Weitere Auskunft erteilt

Der Generalvertreter für den Reg.-Bez. Köslin
Otto Dassow, Neustettin.

Schützenplatz.

Sudermann's Marionetten- und Zaubertheater

gibt heute abend 8 Uhr Vorstellung mit neuem Programm.

:-: Sonntag letzte Vorstellungen. :-:

Eröffnung nachmittag 3 Uhr
Immer abwechslungsreiches Programm.
Großer Lacherfolg.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Ww. Ratkowski Inh.

Sarg-Magazin und Beerdigungs-Institut

Holzmarkt 2 **Albert Jütz** Holzmarkt 2

Telephon 351 • • Inh.: Willy Jütz • • Telephon 351

Uebernehme bei vorkommenden Sterbefällen Besorgungen ganzer Begräbnisse,
auch empfehle eigene Leichenfrau.

Größtes Lager in Holz- und Metall-Särgen sowie Sargausstattungen
zu billigen Preisen.

Holzverteilung.

Am Montag, dem 4. d. Mts,
von 8–10 Uhr Grünstraße,
von 10–11 Uhr Grüner Weg,
von 11–12 Uhr Bohrbanderweg.

Köslin, den 2. August 1919.

Der Magistrat.

Die Einlösung der Lose zur 2. Klasse muß bis zum 8. August, abends 6 Uhr, planmäßig geschehen.

J. Schrader, Bankgeschäft.

Volksmissionsfest.

Sonntag, den 3. August.
Festredner:
Ostafrika-Missionar **Koehl.**

10 Uhr vorm. Missionsgottesdienst in der Schloßkirche.
3 Uhr Missionsfeier im Wäldchen zu Rogzow.
8 Uhr Missionsvortrag im Gemeindehaussaale.

Ev. Garnisongottesdienst

findet nicht morgen, sondern erst am 17. 8. statt.

Ev. Garnisonpfarramt.

Geflügelzucht- und Tierschutzverein.

Montag, den 4. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr Sitzung.

Vortrag des Herrn Buchholz über Ausstellung.

Der Vorstand.

Jungsturm. E. V.

Sonntag, den 3. August 1919.
Versammlung um 12 Uhr auf dem Gymnasialschulhof zur Besprechung einer mehrtägigen Wanderung.

Zahn-Praxis

Martin Wlutzka
vorm. Reiche
Köslin, Bergstr. 7
Eingang Junkerstr.
Sprech. 9–1 und 3–6.
Telephon 416.

Leinölfirniß

ist dem Handel freigegeben und sind wir in der Lage, Anstriche mit reinen Oelfarben für Innen und Außen herzustellen.

Die Mitglieder des Arbeitgeber-Verbandes e. V. Köslin.

Freiwillige Versteigerung

infolge Wirtschaftsaufgabe
am Freitag, dem 8. August d. Js.,
9 Uhr vormittags

auf Försterei Zwölfhufen bei Zanow.

Zum Verkauf werden gestellt:
1 Pferd, 3 tragende Kühe, 2 Kälber, 2 Schweine, Hühner, Wagen, Ackergeräte, Maschinen und viele andere Sachen,

1 Eßzimmereinrichtung,
schwarz Eiche, fast neu,
1 Schreibtisch.

---

ff. Chokoladenpulver,
ff. Vanille,
G. Moutoux.

Elektromaterial!

Restlager 3–4000 Mark,

prima Friedensmaterial, vorwiegend Kupferdrähte

sofort preiswert wegen Auflösung des Installationsbetriebes per Kassa zur sofortigen Uebernahme mögl. ab Lagerstelle Belgard-Pers. abzugeben. Gefl. Anschriften unter D. 423 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Handschrift deutet ausführlich 50 Pf.
Graphologe Schneeweiß, Berlin,
Elsaßerstraße 19.

Garantiert reinen
Zitronensaft
für Limonaden und Kochzwecke, billigst
G. Moutoux.

Die gegen Herrn Birkholz-Kösternitz, gemachten Äußerungen, die seine Redlichkeit in Frage stellten, nehme ich zurück.

Heinrich.

Riesenblumige, blühende, einfache

Knollenbegonien

zu verkaufen.
Preis pro Stück 1 Mark,
100 Stück 90 Mark.
von Rhade, Rittergut Funkenhagen,
bei Hohenfelde, Kreis Köslin.

Herr sucht

Privat-Mittagstisch

oder auch volle Pension. Angeb. unter J. 428 an d. Kösl. Volksbl. erbeten.

Obgleich wir noch zahlreiche Bestellungen auf

Hansa-Lloyd-Motor-pflüge

gebucht haben, könnten wir jetzt noch einige Aufträge zur Herbstlieferung annehmen.

Zahlreiche glänzende Zeugnisse stehen Reflektanten zur Verfügung. Herr Rittergutsbesitzer Major **Siemers**, Kunsow, beurteilte den im vergangenen Sommer gelieferten **Trecker** kürzlich wie folgt:

„Der von den Bremer Hansa-Lloyd-Werken im August 1918 bezogene Hansa-Lloyd-Motorpflug mit 10- und 4-scharigen Pflügen hat in allen Teilen seiner Arbeit auf leichteren wie auf schweren Böden, bei Steigungen und Gefällen, bei Dung- und fußhoher Seradellaunterbringung selbst bei 3–4 Grad Frost allen Anforderungen in jeder Weise genügt und die von der Firma übernommenen Bedingungen bezüglich Leistungen usw. erfüllt. Die kurze Wendungsmöglichkeit des Motorpfluges auf geringster Fläche, das Auswerfen selbst mittelgroßer Steine und die Vorkehrung, durch Hinübergleiten des Pflugkörpers große Steine freizulegen, seien besonders erwähnt. Material und Konstruktion des Pfluges, auf solide und ackerwirtschaftliche sachkundige Grundlage gestellt, haben trotz ununterbrochener rücksichtsloser Anforderung an den Motorpflug weder Aenderungen noch Reparaturen, welche der Gutsschmied nicht hätte ausführen können, erfordert.

Die der Gesamtwirtschaft und den Ackerpferden durch die rechtzeitige und unterstützende Bodenbearbeitung geleistete Hilfe ist so wertvoll, daß ich den Motorpflug in der Hand eines zuverlässigen, interessierten Pflugführers, dessen Anlernung noch nicht 3 Tage erforderte, bei einer „über alles Lob erhabene Pflugfurche" von 3, 8 und 11 Zoll Tiefe nicht mehr missen möchte.

Kostenanschläge versenden auf Wunsch die für Pommern und Mecklenburg-Strelitz, sowie die Kreise Dtsch.-Krone, Flatow, Schlochau, Konitz und Tuchel zuständigen Generalvertreter

Pommersche Eisengießerei und Maschinenfabrik,
Aktien-Gesellschaft,
Stettin, Stralsund, Barth, Neubrandenburg.

Stadttheater Köslin (Kösliner Festsäle, Grünstr.).

Leitung: **Adolf Leitner.**
Im renovierten Saal mit vollständig renovierter Bühne.
Sonntag, den 3. August 1919, abends 8 Uhr, Kassenöffnung 7 Uhr:

Junggesellendämmerung

Schwanklustspiel in 3 Akten von Toni Impekoven und Carl Mathern.
Vorverkauf Otto Grünthal, Markt, Sonntag, den 3. August, vorm. von 10–1 Uhr Stadttheaterkasse (Kösliner Festsäle).

Dienstag, den 5. August 1919:

Die spanische Fliege.

Schwank in 3 Akten von F. Arnold und Ernst Bach.

Marocke'sches Konservatorium

Köslin, Friedrichstr. 8, 1 Tr.

Der Unterricht

in Klavier, Violine, Mandoline, Guitarre hat am 1. d. Mts. begonnen. Wir bitten unsere Schüler, pünktlich zu erscheinen.

Neuaufnahmen täglich von 4–7 Uhr nachm.

Oberinspektor Klait. **Das Direktorium.**

Peglows Hotel, Ostseebad Nest.

Sonntag, den 3. d. Mts., von 4 Uhr nachmittags ab

Tanz

Schreibmaterialien

Siegellack schwarz und rot — **Leim** in Flaschen

Bleistifte
von A. W. Faber zu 15, 20 und 25 Pfennig.

Federhalter — **Federn** (Heintze & Blanckertz).

Tinte
in verschiedenen Flaschenfüllungen.

• Stempelfarbe • Stempelkissen •

Kartenbriefe – Briefpapier
in Mappen, Blocks und in Kästen in großer Auswahl.

Rechnungen, Quittungen, Mitteilungen
in Blocks
liefert

„Fürstentumer Zeitung" A.-G.,
Bergstr. 26 – Köslin – Fernsprecher 49.

Arbeitsmarkt.

Kutscher

welcher landwirtschaftliche Arbeiten versteht, sucht Hermann Herz

---

Junges Mädchen

vom Lande, 17 Jahre, sucht bis Stelle zur gründlichen Erlernung des Haushalts. Evtl. Taschengeld erwünscht. Angebote unter G. 4 a. d. Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten.

Suche Wirtin, Köchin, Hausmädchen, Stuben-, Küchen- u. Laufmädchen u. unverh. Diener. Ein Junges Mädchen z. Erlernung der Wirtschaft.

Fr. Emilie Zimbehl,
gewerbsm. Stellenvermittlerin
Junkerstr. 10.

Für meine Schwester

18jähr. Mädchen

suche ich passende Stellung zur gründl. Erlernung des Haushalts. Beschäftigung in allen vorkommenden Arbeiten und Familienanschluß erwünscht. Gefl. Zuschriften unter E. 424 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wohnungen, Zimmer.

4-5-Zimmerwohnung

bis spätestens 1. 10. gesucht. Angebote unter T. 414 an die Gesch. d. Ztg. erbeten.

Wohnungstausch

Breslau-Köslin.
Suche schöne, sonnige 4-Zimmer-Wohnung, Bad, Mädchen-Kammer, Balkon, 1. Stock, Nähe Scheitnig-Park, bald od. 1. 10. geg. 4–5-Z.-Wohng. Köslin zu tauschen. Angeb. unter T. 1 an die Gesch. d. Ztg. erbeten.

Spätestens zum 1. Oktober in gutem Hause

4 Zimmer-Wohnung

gesucht, mit allem Zubehör.

Herricht, Hauptschriftleiter
Bergstraße 26.

Frl. sucht freundl. möbl. Zimmer mit Pension (auch ohne Mittagstisch). Gefl. Off. mit Preisangabe unter H. 427 an d. Kösl. Volksbl. erbeten.

Großmöllen-Nest

Einzelne junge Dame sucht in der zweiten Hälfte des Sept. **Zimmer** mit voller Beköstigung 8–10 Tage. Angebote unter C. an die Geschäftsst. ds. Bl. erb.

Grundstücks- und Geldverkehr.

Landwirtschaft

zirka 54 Morgen, davon 22 M. Wald, 3 1/4 Morgen Wiese, lebendem und totem Inventar verkaufen. **Friedewald,** Zim. Kreis Schlawe.

Wohnung

in 1 Morg. Garten, m. eig. Küche, 2 u. mehr Zimmer, Miete von 8–12000 und mehr Mk. Kleinstadt Pom., sofort zu tausch. Anfragen Rückporto beilegen. Off. unter F. 425 a. d. Gesch. d. Ztg.

Tiermarkt.

Absatzferkel

stehen zum Verkauf
Pretzel, Plümenhagen

---

2 Absatzfohlen

hübsche Füchse mit Stern, verkauft
Gut Bulgr.

Mittelpferd

zu verkaufen Grünstr.

Absatzferkel

gibt ab
Dom. Hohenfelde

An- und Verkäufe.

1 Pony-Geschirr

kauft und erbittet Angebote mit Preis. **Puschendorff,** Post Altbelz.

Kösliner Veranstaltungen.

Sonntag, den 3. August.
Stadttheater, abends 8 Uhr, „Junggesellendämmerung".
Jungsturm. E. V., mittags 12 Uhr Versammlung auf dem Gymnasialschulhof.

Beilage zu Nr. 179 des Kösliner Volksblattes.

Telephon 49. Sonntag, den 3. August 1919. 17. Jahrgang.

Zum Wiederaufbau der europäischen Kriegsgebiete.

Wenn am 24. Juli in der Nationalversammlung der Reichsminister des Aeußeren besonders die deutschen Arbeiter, die deutschen Techniker und Architekten aufrief, sich bereitzuhalten, wenn der Ruf an sie erginge, aus den Ruinen der verwüsteten Gegenden Nordfrankeichs wieder blühendes Leben erstehen zu lassen, so ist es nötig, darauf hinzuweisen, daß bei dem Wiederaufbau jenes Kriegsgebiets doch nicht ausschließlich, ja vielleicht nicht einmal in erster Linie an die architektonische Wiederherstellung zu denken ist. Vielmehr wird man sich gegenwärtig zu halten haben, welche besonderen wirtschaftlichen Möglichkeiten nicht erst seit dem Kriege in Nordfrankreich dringend der Erschließung harren.

Frankreich muß im Vergleich zu Deutschland als ein an Menschen armes, an landwirtschaftlich wertvollem Boden reiches Land bezeichnet werden. Lebten im Deutschen Reich vor dem Kriege auf den Quadratkilometer 120 Menschen, so waren in Frankreich auf der gleichen Fläche noch keine 74 ansässig; auf 1000 Einwohner hatte Deutschland einen Geburtenüberschuß von 12,7, Frankreich von 1,5. Bei ungefähr gleicher Gesamtgröße (54 bezw. 53 Hektar) waren im Deutschen Reich etwa 49, in Frankreich ungefähr 46 Mill. Hektar land- oder forstwirtschaftlich genutzt. Es ist aber eine von allen deutschen landwirtschaftlichen Sachkennern, die der Krieg nach Nordfrankreich führte, betonte Beobachtung, daß die schwache Besiedlung des Landes und der im Vergleich zur deutschen Landwirtschaft um mindestens 60 Jahre im Rückstand befindliche technische Stand des französischen Ackerbaues dahin geführt haben, das weite Strecken besten Ackerbodens in Nordfrankreich schon vor dem Kriege teils gar nicht, teils mit ganz unzulänglichen Mitteln, jedenfalls mit sehr geringen Erfolgen bewirtschaftet wurden. Dies lassen auch die Durchschnitts-Hektarerträge mit aller Deutlichkeit erkennen. Während in dem durchweg mit weit geringeren Bodenklassen ausgestatteten Deutschland an Weizen durchschnittlich 23,6, an Roggen 19,1 an Sommergerste 22,2 und Hafer 21,9 Doppelzentner je Hektar geerntet wurden, gab sich der französische Landwirt tatsächlich fast mit halb so großen Körnerfrüchte-Ernten zufrieden; denn die internationale Statistik weist für Frankreich an Hektarerträgen nach für Weizen im Durchschnitt nur 13,8, Roggen 10,3, Gerste 14,5 und Hafer 12;9 Doppelzentner. Ebenso liegt es bei den Kartoffeln, an denen Deutschland vom Hektar 158,6, Frankreich dagegen nur 96,1 Doppelzentner erntete. An Schweinen wurden gezählt in Frankreich 7, in Deutschland 22, an Rindern dort 15 hier 20 Millionen Stück. Jeder Einsichtige wird nun aber verstehen, daß wir Frankreich das geben müssen, was ihm fehlt, und ihm nur geben können, was uns zu Gebote steht bezw. woran wir Ueberschuß haben. Das ist aber ein theoretisch und praktisch auf der Höhe der Zeit stehender Stamm von landwirtschaftlichen Betriebsleitern, wie wir ihn besonders auch in unserem Gutsverwaltern haben.

Die Ausführung zu dem Appell des Außenministers bedeutet deshalb ein Plan, den vor jener Rede bereits Herr von Bismarck-Jarchlin entworfen hat und der jetzt den maßgebenden Stellen zur Prüfung vorliegt. Er geht davon aus, daß schon vor dem Kriege der Stand der

landwirtschaftlichen Güterbeamten

in Deutschland dauernd überfüllt war und es zurzeit infolge des Eindringens von Ersatzkräften während des Krieges und in Anbetracht der Verluste weiter Distrikte des Großgrundbesitzes im Osten durch den Friedensvertrag mehr denn je ist. Auf alle Güter drängen sich zurzeit gebildete Leute zur Erlernung der Landwirtschaft, von denen nach Lage der Verhältnisse nur ein geringer Bruchteil jemals die Möglichkeit haben wird, in Deutschland die Tätigkeit eines Betriebsleiters auszuüben. Nach Auffassung des Herrn von Bismarck würde es für Frankreich die beste Wiedergutmachung der durch den Krieg erlittenen Schäden sein, wenn die französische Regierung solchen deutschen Landwirten als **Unternehmern** landwirtschaftliche Betriebe in den wiederaufzubauenden Gebieten auf längere Zeit, etwa 60 Jahre und mehr verpachtete. Die Kosten der Einrichtungen würde binnen kürzestem aus der Pacht getilgt sein, so daß sich Frankreich in wenig Jahren die Pacht, ferner den hohen Kulturzustand der nach Ablauf des Vertrages zurückzugebenden Pachtgüter und schließlich die fördernde Wirkung auf den französischen Landwirt als reinen Gewinn gutschreiben könnte. Die Frage der Beschaffung der Arbeitskräfte, die Deutschland selbst nicht zu stellen vermag, denkt sich Herr von Bismarck entsprechend dem Gedanken der Interessensolidarität aller Völker am Wiederaufbau des kontinentalen Europas, von dem sein ganzer Vorschlag getragen ist, in der Weise gelöst, daß etwa Viehpfleger aus französischen, Gespann- und Maschinenführer aus deutschen Elementen zu gewinnen sein würden, während Slaven und Italiener, wie sie das gewohnt sind, die Erntearbeiten, die Hackfrüchtebehandlung und ähnliche Verrichtungen übernehmen würden. Sehr mit Recht weist Herr von Bismarck noch darauf hin, daß das französische Landvolk von Natur nicht deutschfeindlich gesinnt sei, und es dürfte dem vielleicht noch hinzuzufügen sein, daß ja auch in Deutschland ausländische Fachleute, wie Schweizer im Käsereigewerbe der Tilsiter Gegend, als Unternehmer Betriebe im Besitz und Eigentum haben.

Das Ende unserer Industrie.

Geht die wilde Streiklust, die unsinnige Steigerung der Lohnforderungen so witer, so muß einmal der Tag kommen, wo die Arbeitgeber den Kampf aufgeben und die Werkstätten schließen. Daß mit solchen Tatsachen zu rechnen sei, hat Bismarck schon vor Jahren ausgesprochen und ist wegen mangelhafter Kenntnis der Gesetze der Volkswirtschaft von der freisinnigen Börsenpresse weidlich verspottet worden. Nun wird es Ereignis. Den Anfang machten mehrere Kohlengruben inOberschlesien, denen sich dann die Zinkhütten anschlossen. Durch die Forderungen der Arbeiter ist es so weit gekommen, daß amerikanisches Zink dort billiger ist, als das im eigenen Land gewonnene! Nun haben die großen Fabriken in Braunschweig geschlossen, denen jede über 4000 Arbeiter beschäftigt. Wir stehen erst am Anfang einer Entwickung, die in einem Monat einsetzt, wo von uns äußerste Anstrengung verlangt werden muß, um den Anforderungen des Friedens gerecht zu werden, dessen Unterzeichnung nicht zum mindestens gerade jene Arbeiter ertrotzt haben. Ihre hemmungslose, nur auf den Genuß des heutigen Tages gerichtete Geistesverfassung hat sich allem vernünftigen Zureden unzugänglich gezeigt, um so mehr als von kommunistischer Seite immer noch dank der schrankenlosen neuen Freiheit Oel ins Feuer gegossen wird.

Aber gerade die Länder, wo die Kommunisten an der Herrschaft sind, haben verstanden, dieses Streikfieber einzudämmen. Lenin hat sehr strenge Strafen gegen

wildes Streiken

verhängt, Bela Kun sogar den Arbeitszwang eingeführt. Unser Minister Bauer will davon nichts wissen. Er glaubt, daß sein ausgeklügeltes System der Betriebs- und Wirtschaftsräte das Einvernehmen in den Fabriken wieder herstellen wird. Aber die Arbeiter können nur durch sehr eindringliche Ereignisse zur Einsicht gebracht werden, und so haben die Unternehmer kein Interesse an den von der Regierung empfohlenen, übrigens auch ungemein kostspieligen Einrichtungen. Völlig ausgeschlossen scheint aber die Errichtung neuer Unternehmungen, nen in dem Sinne, daß in ihnen neue Erfindungen und Entdeckungen verwertet werden sollen. Vor dem Kriege war Deutschland das Land, wo immer neue derartige Industrien entstanden und durch Patente geschützt einen Strom von Gold hereinbrachten. Nirgends gab es soviel erfindungsreiche Techniker wie bei uns. Ohne ihren Spürsinn wäre der Krieg schon nach wenigen Monaten verloren gewesen. Es sei hier nur an die Herstellung von Glyzerin aus Zucker erinnert. Die gesteigerte Tätigkeit im Kriege aber hatte noch viele Erfindungen und Verbesserungen ergeben, die nicht direkt mit den Anfordrungen der Militärverwaltung zu tun hatten und nun im Frieden ausgenutzt werden sollen. Hier hätte sich eine Quelle für unsern Nationalwohlstand ergeben, die nicht zu verachten war. Aber welcher Unternehmer kann an eine solche Arbeit herangehen mit Arbeitern, die ohne jedes Interesse an dem Werke und seinem Gelingen in ein Arbeitsverhältnis nur eintreten, um es durch Erpressungen auszunützen? So sind schon mehrere zum Teil recht wichtige

Erfindungen ins Ausland gewandert,

und andere werden folgen; das ist das Ergebnis jener wilden Streiks, Sabotagen, Gewalttätigkeiten, denen die Regierung machtlos gegenübersteht.

Aber das Ausland freut sich der Entwicklung. Am meisten natürlich England. Dort im Lande des Sports sah man mit Sorgen auf die Deutschen, denen nur eine Art Sport zu liegen schien, nämlich die Arbeit. Und sie versuchten, den Geschmack der Deutschen am echten Sport zu heben, und in unserem Kronprinzen glaubte man den Mann gefunden zu haben, der auch in Deutschland die englische Auffassung durchsetzen würde. Jetzt ist kein Grund mehr zum Neid vorhanden. Selbst wo noch gearbeitet wird, läßt der Achtstundentag dem Arbeiter Zeit genug, sich wenigstens als Zuschauer am Sport zu beteiligen und in der Zeit der schwersten Not geht sein Sinn nur nach Radrennen und Ringkämpfen. Er meint, es müsse nachher immer so bleiben. Das Interesse an der Arbeit schwindet immer mehr, dagegengewöhnt er sich an große Ausgaben, verlangt immer mehr Lohn. Was soll dann aus unserer Industrie, was soll aus der Einlösung der dem Feinde für Erfüllung des Friedensvertrages verpfändeten Provinzen werden?

Siedlung und Preispolitik.

Am 1. Juli hat die Nationalversammlung das neue Siedlungsgesetz in erster und zweiter Lesung angenommen. Als Gegner bekannte sich nur der Unabhängige Wurm. Selbst die Mehrheitssozialisten machten von dem Recht der Ablehnung keinen Gebrauch, obwohl ihr Parteiprogramm eine andere Haltung erwarten ließ. In ihrem Namen begrüßte es vielmehr der Abg. Löbe als besonderen Vorzug des Entwurfs, daß er sich nicht auf die Schaffung neuer Siedlungen beschränke, sondern ausdrücklich auch die Vergrößerung kleiner Stellen und Güter ins Auge fasse. Nun wird wohl auch hier das Richtige sein, das eine zu tun und das andere nicht zu lassen; Abg. Dr. Roesicke hat es denn auch alsbald als eine der wichtigsten Aufgaben bezeichnet, neben der Möglichkeit, bestehende Stellen zu erweitern, gerade jetzt, wo Deutschland mehr zum Agrarstaat zurückkehren muß, durch die Einsetzung neuer Ansiedler Wege zu bereiten, um dieses Ziel so bald als möglich erreichen zu helfen. Aber immerhin schien es hier doch, als wolle sich die Mehrheitssozialdemokratie von den unfruchtbaren Wegen grundsätzlicher Verneinungspolitik abwenden.

Knapp 10 Tage später hatte der Wind den schönen Schein bereits wieder zerstreut. Als da die Verordnung des Reichsernährungsministers über die Erhöhung der Preise für Getreide, Kartoffeln und Schlachtvieh anheimstellte, nicht mehr den Mund zu spitzen, sondern zu pfeifen, sah das sozialdemokratische Bild leider ganz anders aus. Selbst der Minister Schmidt, der seine ehrliche Abneigung gegen dieLandwirtschaft wiederholt bewiesen hat, mußte betonen, die vorgeschlagenen Erhöhungen entsprechen auf Grund objektiver Berechnungen den gesteigerten Produktionskosten, die infolge der Erhöhung der Löhne der Landarbeiter, des Preises der Kohle und aller landwirtschaftlichen Bedarfsartikel, insbesondere des Düngers, eingetreten seien. Wohlverstanden, der Ministergenosse sprach nur vom Ersatz der erhöhten Erzeugungskosten, keineswegs von gesteigertem Gewinn. Was aber taten die lieben Mehrheitssozialisten, die bei den Wahlen ihre Landwirtschaftsfreundlichkeit auf Reichskosten versichern ließen? Nach dem Bericht der „Freiheit" schlossen sich einige Mehrheitssozialisten dem Unabhängigen Wurm an, der die Preiserhöhung als unberechtigt ablehnte; daß die Preise die Gestehungskosten decken müssen, sei selbstverständlich, aber dazu sei eine Preiserhöhung auch gar nicht erforderlich, weil, wie von beiden sozialdemokratischen Richtungen bisher stets erklärt worden sei, die bisherigen Preise weit über die Gestehungskosten hinausgingen und infolgedessen die Landwirte große Gewinne während des Krieges eingeheimst hätten! Und dem Wort folgte die Tat: Sechs Sozialdemokraten enthielten sich der Abstimmung und kamen damit dem Verhalten des Abg. Wurm nahe, der gegen die Verordnung stimmte.

Wer Siedlungen schaffen oder vorhandene landwirtschaftliche Betriebe vergrößern hilft, ist auch sittlich verpflichtet, den Beteiligten ein wirtschaftlich leidlich gesichertes Dasein zu verbürgen. Sonst wäre es doch ehrlicher, vor dem Zuzug auf das Land mit der Begründung zu warnen: Dort findet niemand sein Auskommen! Mit Fug hat denn der Abg. Dr. Roesicke gleich bei der Beratung des Siedlungsgesetzes die Forderung erhoben, die Rentabilität der Ansiedlungsstellen sicherzustellen und dazu die wirtschaftspolitischen Verhältnisse in Deutschland so zu gestalten, daß die Landwirtschaft daseinsfähig bleiben kann. Jene sechs Mehrheitssozialisten aber weigerten sich, dem A das B folgen zu lassen; sie setzen zwar Ansiedler an, machen ihnen aber das Durchhalten auf der Scholle von vornherein unmöglich. Unvernunft oder Verbrechen?

In der Ausschußberatung zur Preispolitik sprach Unterstaatssekretär von Grävenitz von der Drohung weiter landwirtschaftlicher Kreise, die ganze Zwangswirtschaft durchLieferungsverweigerung zu beenden. Was zu diesen Drohungen und ihrem Anlaß auch gesagt werden könnte, darüber wird kein Streit möglich sein, daß die an sich schon unheimlich verbitternde Zwangswirtschaft den denkbar gefährlichsten Konfliktsstoff in sich tragen müßte, wenn sie die Lieferung unter den Erzeugungskosten dauernd verlangen wollte. Auch unter diesem Gesichtswinkel werden die Landwrte der Haltung jener sechs Sozialdemokraten so schnell nicht vergessen

„Eine Schicksalsfrage für die Deutschen in den Ostmarken."

Soll ich auswandern oder im Lande bleiben? Das ist die Schicksalsfrage, die sich viele Deutsche in den Teilen der Ostmarken vorlegen werden, die jetzt an Polen fallen. Die Beantwortung dieser Frage ist sehr schwierig und will wohl überlegt sein.

Auf der einen Seite die polnische Herrschaft, die den zurückbleibenden Deutschen das Leben sicherlich nicht leicht ma-

Schleichendes Gift.

Roman von Reinhold Ortmann.

104] (Nachdruck verboten.)

„Und er — er hat auch dir nicht gesagt, was zwischen ihm und Hermann in jener furchtbaren Stunde wirklich vorgegangen ist?"

Prettin vermied es, ihrem Blick zu begegnen. Was er nun sagen mußte, verursachte ihm offenbar eine schwere Pein.

„Doch — er hat mir davon gesprochen. — Aber möchtest du nicht lieber — meinst du nicht, daß es mit dem Verstorbenen begraben sein sollte, was das traurige Geschehnis herbeigeführt hat?"

Sekundenlang sah sie ihm fragend in die Augen. Dann sagte sie zögernd: „Du weißt also — auch das — was früher geschehen ist? — Teßmar hat sich dir offenbart?"

„Er hielt es für notwendig, weil er selbst vielleicht nicht mehr erreichbar sein würde, wenn man jemanden brauchte, der die Wahrheit würde bezeugen können. Aber ich bin der einzige, zu dem er davon gesprochen hat — und ich bin sicher, daß er auch in Zukunft gegen niemanden davon sprechen wird."

„Auch gegen Helmut nicht? — Wird er sich nicht vielleicht auch Helmut offenbaren?"

„Ihm jedenfalls am wenigsten! — Aber verzeih — weiß denn Helmut nicht ohnehin, was — —"

Ein Aufatmen der Erleichterung hatte Frau Mariannes Brust gehoben. Und sie sagte nun: „Nein — er weiß nichts davon. Nichts von allem, was geschehen ist — er so wenig wie Edith. Und sie sollen nichts davon erfahren, solange ich es zu hindern vermag. Deshalb wollte ich ja, daß Herr Teßmar zum Fortgehen und zur Verschwiegenheit veranlaßt würde. — Du hast Helmut heute noch nicht gesprochen —?"

„Nein. Ich sah ihn gestern zum letztenmal."

„So weißt du auch noch nicht, daß Hermann ihn in einem Testament, das er erst vor wenigen Wochen errichtet hat, zur Hälfte zum Erben seines Vermögens eingesetzt hat? — Justizrat Niemeyer war gestern nachmittag hier und hat das Testament eröffnet. Edith ist ein größeres Legat ausgesetzt — die Werke aber und das Vermögen sollen zwischen Helmut und mir geteilt werden. Meinst du da nicht auch, daß ich ein Recht habe, den beiden das Vergangene verborgen zu halten?"

Prettin bejahte stumm. Er war tief erschüttert.

„Und die beiden — wie hat sich das Verhältnis zwischen ihnen gestaltet?"

„Sie sind wieder vereint. — Zunächst freilich werden sie eine längere Trennung ertragen müssen. Helmut hat mir gesagt, daß er in Hohen-Rauten bleiben will. Ich aber — ich kann es nicht ertragen, noch länger hier zu leben. Ich will auf ein Jahr nach dem Süden gehen, und Edith hat mir ihre Begleitung angeboten. Es ist ein Opfer, das sie mir damit bringt — aber ich bin egoistisch genug, dieses Opfer anzunehmen."

Joachim von Prettin stand mit gesenktem Kopf. Und nach einer geraumen Weile erst sagte er stockend: „Auf ein Jahr — — Und dann — wirst du nach Frankenwalde zurückkehren?"

Ein Erschauern ging über den Leib der jungen Frau.

„Nie — nie mehr! — Es wird sich eine Möglichkeit finden, von der Fabrik freizukommen — denn auch Helmut will hier nicht bleiben. Ich aber — ich ginge lieber an das Ende der Welt, als hierher!"

„Nie mehr!" Mit zuckenden Lippen wiederholte es Joachim von Prettin, und jetzt vermochte auch sein starker Wille nicht zu hindern, daß all seine heiße Sehnsucht aus seiner Stimme klang. „Lieber an das Ende der Welt — als nach Hohen-Rauten — Marianne?"

Da kam ein weiches Licht in ihre Augen. Und es schimmerte wie der Glanz eines Lächelns durch ihre Züge.

„Wollen wir nicht der Zukunft vertrauen, ohne viel zu fragen? — Am Ende wird uns ja doch nicht mehr auferlegt werden, als wir tragen können, Achim."

Ihre Blicke verloren sich ineinander. Dann neigte sich Joachim von Prettin über ihre Hand und küßte sie.

„Ich hoffe und ich vertraue."

Ende.

Die gelungene List.

„Ich glaube, du hast mich belogen, Egon", sagte die junge Frau Schwarz eines Abends.

„Ich dich belogen, mein Liebling?" rief Schwarz erschrocken, „wieso denn?"

„Du hast mir erklärt, du rauchtest nicht!"

„Und wieso ist das gelogen, Adele? Seit einem halben Jahre habe ich das Rauchen abgeschworen. Hast du mich je mit einer Zigarre oder einer Zigarette gesehen?"

„Gesehen nicht! Zu Hause rauchst du natürlich nicht, Aber ich habe Grund, zu glauben, daß du es im Bureau und unterwegs, tust. Und ich werde dich dabei erwischen, das sage ich dir!"

Herr Schwarz ließ das Thema fallen und vertiefte sich in seine Zeitung, und vorm Zubettgehen wurde auch nicht weiter von der Sache gesprochen.

Am nächsten Morgen, als Egon sich im Vorortzug dem Genuß einer Zigarre hingab, überlegte er sich, was seine Frau wohl vorhaben könne, um hinter seine Schliche zu kommen. „Sie wird mich überraschen wollen," dachte er, „sie wird —" Da kam ihm eine so glänzende Idee, daß er laut auflachte. —

Um halb sieben Uhr abends erschien Herr Schwarz an seiner Wohnungstür, die er mit seinem Drücker öffnete.

„Ach, Egon," tönte ihm da die Stimme seiner Frau entgegen, „wie freue ich mich, daß du da bist, ich habe mich den ganzen Tag so nach dir gesehnt!" Und ein Paar zarte Arme schlangen sich um seinen Hals. „Du kannst dir gar nicht denken," fuhr Adele fort, „wie — puh! Egon, was hast du denn gegessen?"

„Zwiebeln, mein Kind", war die Antwort, und seine List war gelungen.

chen wird. Dazu der seelische Druck, der auf den Deutschen, den bisherigen Herren des Landes, lasten muß. Ferner die bekannte polnische Wirtschaft und das Eindringen moralisch minderwertiger und kulturell rückständiger Elemente, die den hohen gegenwärtigen Kulturzustand, Handel und Industrie, bald herabwirtschaften und herabdrücken werden; das sind alles Gründe, die zur Abwanderung bestimmen.

Auf der anderen Seite ist auch zu bedenken, daß die deutsche Industrie und der Handel niedergebrochen sind. Die leichtsinnigen Streiks und die geradezu wahnsinnigen Lohnforderungen haben sie zu Grunde gerichtet. Die zu erwartenden Kriegslasten werden alle Lebensverhältnisse zudem noch schwieriger gestalten. Die Länder der Entente werden Deutschland überdies mit Fertigwaren zu teuren Preisen überschwemmen und die Rohstoffe, die zur Inbetriebsetzung der Fabriken notwendig sind, vorenthalten. Infolgedessen werden Tausende von Arbeitern, technische und kaufmännische Angestellten in Deutschland brotlos werden. Fast unser ganzes Offizier- und Unteroffizierkorps wird brotlos und ist gezwungen, sich anderen Berufen zuzuwenden. Am sichersten und aussichtsvollsten ist noch die Landwirtschaft, aber auch sie ist bereits überfüllt. Die Landaufteilung und Besiedelung, durch die man Anfangs dieses Jahres in phantastischem Ueberschwung glaubte Hunderttausenden schnell ein Unterkommen zu verschaffen, steht auf Jahre hinaus lediglich auf dem Papier, da Mangel an Baumaterialien ein großzügiges Siedelungswerk nicht gestattet und die so oft angeregte

staatliche Organisation des Siedelungswesens

ohne die es nicht gehen wird, immer noch in den Kinderschuhen steckt.

Außerdem ist Land für Bauern und mittlere bäuerliche Besitzer jetzt nur zu Preisen zu haben, die eine Rentabilität unmöglich macht. Der Ostmärker also, der dort sein Land verkauft, handelt gänzlich falsch, weil er in Deutschland nichts kaufen kann und bei den hohen Lebens- und Bedarfsmittelpreisen mit einem kleinen Vermögen nicht leben kann. Das soll sich jeder Besitzer in der Ostmark vor Augen halten. Den deutschen Gewerbetreibenden, dem Handwerker und Kaufmann, den kaufmännischen und technischen Angestellten wird es ebenso gehen. Wer heute seine Brotstelle in der Ostmark aufgibt, geht keiner rosigen Zukunft, vielleicht dem Untergang entgegen. Deutschland kann leider auf diesem Gebiete seinen Ostmärkern so gut wie nichts bieten.

Die Beamten, die aus dem Osten herausgezogen werden müssen, werden vom preußischen Staat oder dem Reiche auch nicht alle übernommen werden können, sie werden sich ebenfalls in andere Berufe drängen und diese überfüllen. Es fehlt leider die Hauptbedingung für die Abwanderung aus der Ostmark, nämlich die Lebensmöglichkeit in Deutschland. Darum bleibe jeder, wo er ist! Gewiß wird es schwer und drückend sein, aber je mehr Deutsche in Polen bleiben, desto besser für den Einzelnen und die Zukunft unserer Ostmarken. In Deutschland wird alles noch viel schwerer werden. Im Deutschland der Zukunft, in dem die geistige Verflachung, die Halbbildung und der Dilettantismus Trumpf geworden sind. Im Deutschland, ehemals das Land der Denker und Dichter, in dem jetzt geistige Arbeit, Kunst und Wissenschaft zur Verflachung und gänzlichen Verkümmerung verurteilt sind. Im Deutschland, in dem Nationalgefühl und vaterländischer Gesinnung schon im Kinderherzen durch famose neuzeitliche Schulreformen systematisch unterdrückt werden soll. Im Deutschland, in dem „Freie Bahn für den Tüchtigen" nur ein leeres Schlagwort bleiben wird, denn als „tüchtig" wird sehr bald nur der gelten, der „gewissen" politischen Parteien angehört, bezw. derjenige, der seine bisherige politische Ueberzeugung, trotz seiner geistigen Minderwertigkeit, gewechselt hat, wie man ein schmutziges Hemd ablegt!

Wer in Polen bleibt, dem darf aber die sichere Hoffnung auf Erlösung und auch auf eine Wiedergeburt Deutschlands nicht verloren gehen.

Der polnische Staat von Entente-Gnaden

ist nicht lebensfähig und wird es niemals werden! Er hat sich an seinen Grenzen drei Todfeinde geschaffen: Deutschland, Rußland und die Ukraine, von denen jeder in Zukunft stärker sein wird als er. Darin liegt einer der vielen Todeskeime für den polnischen Staat. Der zweite liegt in seiner Verschuldung. Das Deutsche Reich begann seinen Aufbau unter einem Bismarck 1871 mit 5 Milliarden Barvermögen. Polen wird seinen Aufbau mit einer Schuldenlast von über 100 Milliarden Mark beginnen und an seiner Spitze steht ein politisierender Musikus. Der dritte Todeskeim liegt im polnischen Volkscharakter. Der Pole ist, wie seine Geschichte lehrt, zum Aufbau und zur Regierung eines geordneten Staatskörpers bei seinem überaus zersplitterten Parteiwesen, das bald zu inneren Kämpfen führen wird, nicht fähig. Der 4. Todeskeim ist die schwierige polnische Judenfrage und den letzten bilden die Fremdvölker: Deutsche, Russen, Ukrainer, die Polen jetzt in sich aufnimmt! In wenigen Jahren können somit weittragende Veränderungen eintreten. Es ist daher notwendig, daß das bisherige Deutschtum in der Ostmark in seiner heutigen Kraft möglichst ungeschwächt bestehen bleibt. **Darum verbleibe jeder Deutsche auf seinem Platze und bewahre sein Deutschtum und das seiner Kinder** auch als Untertan Polens! Die Zukunft wird es ihm lohnen.

E. H.

Zur Frage der Stickstoff-Düngung.

Allgemein ist geglaubt worden, daß der Landwirtschaft sehr reichliche Mengen Stickstoff zur Verfügung stehen würden, sobald mit dem Ende des Krieges der Bedarf an Salpeter für die Munitionsherstellung in Fortfall käme. Diese Hoffnung ist aber infolge von Kohlenmangel, Stockung in der Kalkbereitung für die Kalkstickstoffwerke und besonders auch durch die Verkürzung der Arbeitszeit in den Stickstoffabriken zunichte geworden. So wird sich denn, wie es alsbald beim Ausbruch der Revolution vorausgesehen wurde, auch in diesem Erntejahr der Mangel an stickstoffhaltigen Düngern in unserer Ernährungswirtschaft schwer fühlbar machen.

Da die heimische Industrie aus den genannten Gründen versagt hat, so lenkt sich ganz von selbst die Aufmerksamkeit auf die Stickstoffquelle, aus der wir vor der Kriegszeit zu schöpfen gewohnt waren, auf den

Chilesalpeter.

Allerdings bereiten der schlechte Stand unserer Valuta und der Mangel an Ausfuhrartikeln der Wiederaufnahme des Einfuhrgeschäftes fast unüberwindliche Schwierigkeiten, trotzdem mancherlei Anzeichen dafür vorliegen, daß sich die Chilenische Regierung wohl zu erheblichen Konzessionen an die deutsche Landwirtschaft, um die Aufnahme des Salpeters zu ermöglichen, bereit finden lassen müßte; denn es sollen dort infolge von Absatzstockungen in der Salpeterindustrie viele Arbeiter erwerbslos sein.

Was bisher über die Preise des Auslandssalpeters bekannt geworden ist, ist allerdings wenig ermutigend, und es geht auf keinen Fall an, daß etwa der im Inlande erzeugte Stickstoffe als Ausfuhrartikel verwendet und die Landwirtschaft teueren Chilesalpeter kaufen soll.

Die Landwirtschaft wird bei gleichen Preisen selbstverständlich immer den im eigenen Lande erzeugten Stickstoff vorziehen, zumal der künstlich gewonnene perochloratfrei ist. Kann aber das Ausland billiger liefern, so müßte sich die Landwirtschaft bei den erhöhten Landarbeiterlöhnen und der bestehenden Preisbindung für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse gezwungenermaßen für diesen entscheiden, so sehr die Notwendigkeit anerkannt werden mag, uns bezüglich dieses Produktionsmittels vom Ausland unabhängig zu machen und dem deutschen Volke in seiner Industrie Arbeit zu geben.

Das Bedürfnis nach Stickstoffdüngern ist in der Landwirtschaft ebenso riesengroß, und die Frage der

Wiederzulassung der Einfuhr

wird sich auf die Dauer nur dann in verneinendem Sinne entscheiden lassen, wenn die Stickstoffwerke des Inlandes uneingeschränkt arbeiten und auch der Preis ein angemessener bleibt. Nicht übersehen darf nämlich werden, daß wir gut die zweiundeinhalbfache Menge an Stickstoff gegenüber der Vorkriegszeit der Landwirtschaft zuführen müssen, um uns von dem Auslande in der Nahrungsmittelversorgung möglichst unabhängig zu machen, und es liegt auf der Hand, wie schwer deshalb die Verteuerung auf der Landwirtschaft lasten würde. Ohnehin besteht die Gefahr, daß die Verzinsung und Tilgung der vom Reich in den Stickstoffwerken angelegten Kapitalien einseitig der Landwirtschaft aufgeladen wird, was einer sehr ungleichmäßigen und ungerechten Besteuerung unentbehrlicher landwirtschaftlicher Produktionsmittel gleichkäme.

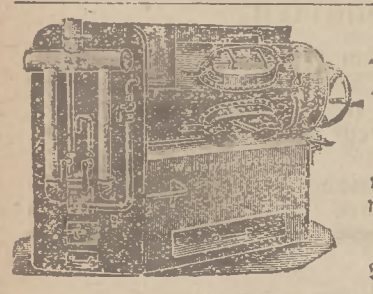
Die Verbraucherkreise müssen sich bei der Frage der Einfuhr von Chilesalpeter stets vor Augen halten, daß ohne Stickstoffdünger die im Interesse einer Millionen-Industriebevölkerung gebotene intensive Landwirtschaft unmöglich ist, und daß Umfang und Preisbildung der Stickstoffproduktion ganz von dieser Einsicht beherrscht sein müssen. Wird nicht genügend und preiswert produziert, und glaubt man dann auch noch von der Salpetereinfuhr absehen zu können, so muß vom Ausland Getreide bezogen werden, was aber einen vielfach höheren Gelderxport zur Folge haben wird als die Einfuhr von Salpeter. Kaufen wir Nahrungsmittel ein, so ist der Erfolg dieser Maßnahmen mit der Aufzehrung dieser Nahrungsmittel abgeschlossen. Kaufen wir landwirtschaftliche Erzeugungsmittel ein, dann wird die Wirkung der aufgewendeten Mittel vervielfacht, außer den Lebensmitteln werden noch andere Werte erzeugt und die ganze Volkswirtschaft wird nachhaltig belebt.

Theater und Musik.

— **Kleine Mitteilungen.** Clemens von Roggenhausen, Mitglied des Schillertheaters in Altona, wurde ab September an die neugegründeten Kammerspiele in Leipzig als Spielleiter und Lehrer der angegliederten Schauspielschule verpflichtet. — Oberregisseur Richard Weichert verläßt mit Ablauf dieser Spielzeit das Mannheimer Nationaltheater und geht in gleicher Stellung an die Zeißschenen Bühnen nach Frankfurt a. M. Gleichzeitig wird er als Intendanten-Kandidat für das Badische Landestheater in Karlsruhe genannt. — Die Rache der Komödie, eine Komödie in fünf Akten von Gottfried Falkenhausen, wurde vom Münchener Nationaltheater zur Uraufführung angenommen. — Der frühere Direktor des Kieler Stadttheaters C. Alving, hat in Kiel das frühere Wriedtsche Konzerthaus gekauft, um es als Operettentheater wieder zu eröffnen. Das Unternehmen ist baulich vollständig erneuert worden und wird unter dem Namen „Theater am Sophienplatz" wieder eröffnet.

Flechten Wunden offene Füße, Krampfaderleiden heilt sogar in verzweifelten Fällen mit oft überraschendem Erfolg die hautbildende, schmerz- und juckreizstillende Vater Philipp-Salbe. Preis 2,70 und 5,10 M.; erhältlich in Apotheken. Man hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei
Tutogen-Laboratorium, Szittkehmen-Rominten. 212

Hans Hoffmeister, Dentist
Bergstraße 24 (im Hause des Herrn Kurt Bastian).
Sprechstunden von 9–3 Uhr.
Zahnersatz in sämtlichen Ausführungen sowie Zahnbehandlung.
Fernsprecher 573.



In **E. Beihl's Dampf-Bettfedern-Reinigungs- und Desinfektions-Anstalt**
Mühlentorstraße 11
werden die Bettfedern durch fachmännische Bearbeitung hundert Prozent schöner.
Abtötung von Motten garantiert.
Auf Wunsch wird abgeholt u. zugestellt.

Geschlechts-Kranke!
Rasche Hilfe – Doppelte Hilfe!
Harnröhrenleiden, frischer u. veralt. Ausfluß, Heilung in kürzester Frist, **Syphilis,** ohne Berufsstörung, ohne Einspritzung und andere Gifte. **Mannesschwäche,** sofortige Hilfe. Ueber jedes der drei Leiden ist eine ausführl. Broschüre erschienen mit zahlreichen ärztl. Gutachten u. Hunderten freiwill. Dankschreiben Geheilter. Zusendung kostenlos gegen 25 Pfg. in Marken für Porto in verschloss. Doppelbrief ohne Aufdruck durch Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin 926, Potsdamerstraße 123 B. Sprechstunden: 9–10, 3–4 Uhr außer Sonnabend und Sonntag. Genaue Angabe des Leidens erforderlich, damit die richtige Broschüre gesandt werden kann.

!!! Keine Wanze mehr für Mk. 2.50
nur mit Kammerjäger Berg's Nicodaal 1 und 2 zu erzielen.
Restlose Wanzen- und Brutvernichtung.
Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden. Ges. gesch. Viele Dankschr.
Doppelpack. Mk. 2,50. Ausreichend für 1–3 Zimmer und Betten.
Alleinverkauf: Drog. G. Gerndt, Hohetorstr. 17.
Bei Einf. v. M. 2,70, oder Postscheckkonto Berlin 31286, portofreie Zus. nach auswärts durch Herm. A. Groesel, Berlin, Königgrätzer Str. 49.

„Deutscher Reichskeller"
Bergstraße 26.
Täglich großer u. kräftiger Mittags- sowie Abendtisch.
Kalte und warme Getränke zu jeder Tageszeit.

Toilettenseife 1,20
Kernseife 0,80
Rasierseife 0,60
gegen sofortige Abgabe der Oktoberabschnitte der Seifenkarte
bei Kurt Groß, Bergstr. 2.
Lieferung im September.

Moderne
Kneifer, Brillen, Lorgnons, Ferngläser, Thermometer, Barometer.
Werner Fritz, Neuetorstr. 18.

Schwerhörigkeit
Ohrgeräusch, nerv. Ohrschmerz, über unsere tausendfach bewährten, patentamtl. geschützt. Hörtrommeln. Bequem und unsichtbar zu tragen. Glänz. Anerkennungen.
Sanis Versand München 411

Anlieferungen von Heu
können täglich in unseren Lagereien erfolgen.
Kösliner Häckselwerke J. Sabatzky.
Telefon 40.

Auskunft umsonst bei Hämorrhoiden
Versand von aufklärenden Broschüren durch die Reichert'sche Apotheke, Elbing.

Geld in jeder Höhe monatl. Rückzahlung verleihen sofort
H. Blume & Co., Hamburg 5.

Bei eintretenden Sterbefällen übernimmt das
Beerdigungs-Institut und Sargmagazin
Hohetorstr. 37 **Wilhelm Fischer** Hohetorstr. 37
die vollständige Besorgung und Ausführung des Begräbnisses
Großes Lager aller Arten Särge und Ausstattungen.
Überführung der Leichen von und nach außerhalb.
Zum Waschen und Einkleiden stelle eigene Leichenfrau zur Verfügung. – Bestellungen erbitte in meinem Geschäft oder unter Telephon Nr. 270.

Ostsee-Sanatorium Zoppot
ist wieder eröffnet
für innere, Stoffwechsel-, Nervenkranke, Erholungsbedürftige.
Nachbehandlung von Kriegsschäden aller Art.
– Vorzügliche Verpflegung. –
Leit. Arzt Dr. M. Gumz.

Dreschmaschinen
mit und ohne Reinigung in allen Grössen.
Neuzeitliche gediegene Bauart · Hervorragend in Leistung.
Ausdrusch und Reinigung · Leichter Gang, daher geringer Kraftbedarf.
Ph. Mayfarth & Co.
Berlin N. 4, Chausseestr. 8.

Mahlbücher
wieder vorrätig
Fürstentumer Zeitung A.-G.

Friedensware!
Ia Motorenöl
goldgelb
kein minderwertiges Teerprodukt
Maschinenöl
Zentrifugenöl
Wagenfett
Karbolineum
Riemenwachs
empfiehlt
zum billigsten Tagespreis
J. Nowak, Drogerie,
ältestes Geschäft am Platze.

Bettnässen
Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Ausk. umsonst.
Sanis-Versand München. 411

Darlehen jeder Höhe
auch ohne Bürgen, ein Vierteljahr zinsfrei, weiterhin bis 6%, Hypotheken-, Industrie-Beleih. 3½–6%.
Allgem. Verwertgs.-Ges.
Richter, Walter & Co.
Generalvertretung:
E. Neitzke, Kolberg, Münderstr. 19, 2 Tr.
Rückporto.

Nähfaden schwarz u. weiß, beste Zellstoffware, 10 Rollen 10 M., 4 Proberol. 4.40 M. H. Flügge, München 45/138.